

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rote Straße 18 a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegen 2 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **410000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Wenige Wochen voreriger Börsenstimmung hatten genügt, um in einem Teil der Handelspresse das Urteil entfallen zu lassen, daß wir im Sturmtempo der Hochkonjunktur entgegengingen. Nachdem der Spekulationssturm abgeklaut ist, gelangte eine zurückhaltendere und zutreffendere Betrachtung der Dinge wieder zum Durchbruch. Heute sieht man überall auf die Meinung, daß in der Aufwärtsbewegung gewissermaßen ein Stillstand eingetreten ist, hier und da äußern sich sogar Bedenken über die innere Festigkeit der bisherigen Besserung. Anlaß dazu gaben in jüngster Zeit die Berichte über die Lage des Kohlenmarktes, besonders die Angaben des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats, daß die Absatzverhältnisse im Monat Februar sich gegenüber Januar 1910 weiter verschlechterten. Gemildert wurde der ungünstige Eindruck, den der letzte Synbilatsbericht hervorrief, durch die weitere Bemerkung, daß der im Kohlenabsatz sich ergebende Rückgang ausschließlich auf den geringen Verbrauch infolge der außergewöhnlich milden Witterung des verfloffenen Winters zurückzuführen sei, und daß im Gegensatz zu der Abnahme des Kohlenabsatzes der Holzabsatz eine Steigerung erfahren hat. Die Befürchtung eines Konjunkturrückganges erscheint durchaus unbegründet, die gegenwärtige wirtschaftliche Situation entspricht nicht den weitestgehenden Hoffnungen, die gegen Ende des vergangenen Jahres von der Spekulation gehegt und genährt wurden, aber sie hält sich im Rahmen eines normal verlaufenden Erholungsprozesses. Man vergaß in den Wochen wider Börsenhäufte, wie wir an dieser Stelle wiederholt ausführten, daß der Uebergang von der Krise zu einer guten Konjunktur sich nicht sprunghaft entwickeln kann. Die Wirtschaftsberichterstattung, die meist viel zu sehr von der Börsentendenz befaßt wird, überläßt auch, daß die 1907 begonnene Krise trotz ihres in Deutschland nicht lärmhaften Verlaufs das Wirtschaftsleben sehr tief erfaßt hatte. Der vielfach geübten Unterschätzung der Krisenwirkung trat in der letzten Generalversammlung der Deutschen Bank der leitende Direktor dieses Finanzinstituts mit der Erklärung entgegen, daß wir im Jahre 1907 die schwerste Krise erlebt haben, die die moderne Wirtschaft durchgemacht. Diese Aeußerung berücksichtigt die Erschütterungen des ganzen internationalen Marktes, sie zieht in Betracht, daß anders wie bei der Krise 1901 auch England und Amerika von der Krise bis zum sehr stark betroffen wurden. Welche immerhin beträchtliche Belebung der internationalen Verkehre im Jahre 1909 wieder erfahren hat, ergibt sich unter anderem aus den Abschlüssen der großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaften, der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd, die außerordentlich gesteigerte Ergebnisse aufweisen.

Aus der günstigeren Lage der Schiffsahrtsgesellschaften wurden schon während der letzten Monate entsprechende Schlüsse auf die Entwicklung des Schiffbaues gezogen, wobei sich ergibt, daß die für die Schiffbauunternehmungen etwaweisen günstigeren Ausichten sich weniger schnell in die Tat umsetzen, als vielleicht auch von mancher der beteiligten Gesellschaften erwartet wurde. Nach „Lloyds Register of British and Foreign Shipping“ betrug die Zahl der im Jahre 1909 auf der ganzen Welt vollendeten oder noch in Fertigstellung begriffenen Schiffe — unter Weglassung der Kriegsschiffe und der Schiffe unter 100 Registertons — 1063 mit einer Gesamttonnage von 1 602 057 Bruttoregistertons. Im Jahre 1908 war nach derselben Statistik die Zahl 1405 Schiffe mit einer Tonnage von 1 833 286 Registertons, das Hochkonjunkturjahr 1906 wies 1836 Schiffe mit einer Tonnage von 2 919 763 Bruttoregistertons auf. Für England zeigte sich 1909 eine leichte Besserung gegenüber 1908, in dem der Rückgang allerdings enorm stark gewesen war. Deutschland dagegen weist nach Lloyds Register für 1909 nur 128 696 Bruttoregistertons gegen 207 777 in 1908, 275 003 in 1907 und 318 230 Tons in 1906 auf.

Die Geschäftsberichte verschiedener Schiffbauunternehmungen sind auf einen sehr vorsichtigen Ton gestimmt, peinliche Ueberparierungen bereitete der Abschluß der Howaldtswerke in Kiel. Im Geschäftsjahr 1908 erzielte die Gesellschaft nach Abschreibungen von 400 884 M. einen Ueberschuß von 184 465 M. Für 1909 ergeben Gewinn- und Verlustrechnung einen Betriebsverlust von 869 937 M., in dem die regulären Abschreibungen von 417 000 M. enthalten sind. Ferner sieht die Gesellschaft sich jedoch noch zu weiteren besonderen Abschreibungen auf Außenstände und Beteiligungen in Höhe von rund 2 120 000 M. veranlaßt, nach denen der Gesamterlust sich auf rund 2 983 000 M. stellen wird. Die vorhandenen Reserven von 1 055 000 M. sollen für möglicherweise noch weiter nötig werdende Abschreibungen bestehen bleiben. Dieses Ergebnis würde geradezu insensational, denn erst im Januar 1909 war die Ausgabe von 3 Millionen Mark Vorzugsaktien beschlossen worden, die der Konzern Brown, Boveri & Co. und deren Tochtergesellschaft Turbinia, Deutsche Patrons-Marine-Aktiengesellschaft, übernommen hatten, um damit entscheidenden Einfluß auf die Howaldtswerke zu erlangen. Die Beteiligung von Brown, Boveri & Co. geschah zur Sicherung ihres Turbinenabzuges, eine Methode, die die Konkurrenz bei anderen Schiffbauunternehmen vorher bereits mehrmals zur Anwendung brachte. Der Betriebsverlust des Jahres 1909 in Höhe von 869 937 M. wird von der Verwaltung darauf zurückgeführt, daß die der Gesellschaft übertragene größeren Neubauten, vor allem das deutsche Kriegsschiff

„Erlaf Siegfried“ und ein gleichfalls für die Reichsmarine bestimmtes Schwimmbad erst im Jahre 1910 fertiggestellt werden und infolgedessen für 1909 noch nicht zur Verrechnung gelangen konnten. Dadurch die besonderen Abschreibungen von rund 2 120 000 M. auf Beteiligungen und Außenstände notwendig geworden sind, ist mit Klarheit aus den Angaben der Howaldtswerke nicht zu ersehen. Die Verwaltung bemerkt in ihrem Geschäftsbericht, daß in der Hauptfache aus der Beteiligung bei verschiedenen Reedereien und Schiffsgesellschaften, der Eventual-Tod-Gesellschaft und dem Stahl- und Walzwerk Rendsburg, ein Betrag von 890 141 M. zur Abschreibung gelangen müsse, ferner auf außenstehende Forderungen ein Betrag von 1 233 409 M. Daß die Reserven unberührt bleiben sollen, wird, wie bereits erwähnt, damit begründet, daß sich unter Umständen noch weitere Abschreibungen erforderlich machen könnten; dabei wird in erster Reihe auf die russischen Forderungen hingewiesen. Die russischen Forderungen bilden ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Howaldtswerke, sie sind wohl auch die entscheidende Ursache der großen Unterbilanz, die nicht erst seit 1909 vorhanden gewesen sein kann. Zum erstenmal war im Geschäftsbericht für 1904/05 eine Gesamtforderung an die russische Marine in Höhe von 2 544 680 M. erwähnt worden, zugleich wurde bemerkt, daß die Verhältnisse in Rußland eine Ordnung der Angelegenheiten verhinderten. Im Geschäftsbericht für 1905/06 wurde berichtet, daß eine vom russischen Marineminister ernannte Kommission die Ansprüche der Howaldtswerke als gerechtfertigt anerkannte, trotzdem verweigerte der Minister bisher die Zahlung. Ferner wurde ausgeführt, daß auch nach Ansicht der deutschen Botschaft die Befreiung des Klages wegen erforderlich sei und bezüglich der Einleitungen getroffen sind. Im Geschäftsbericht für 1906/07 wurde erklärt, daß angesichts der großen Außenstände und des jetzt feststehenden Ausfalls eines großen Teiles der noch restierenden russischen Forderung vorge schlagen werden müsse, den Geschäftsgewinn von 474 511 M. nochmals in Reserve zu stellen. Der Geschäftsbericht für 1907/08 brachte die Meldung, daß von der russischen Regierung zinslos 1 Million Mark eingegangen sind und darauf gerechnet werde, „daß der Gerechtigkeitsinn der russischen Regierungsbehörden baldigst eine vollständige Erledigung dieser Angelegenheit ermöglichen wird“. Jetzt scheint man bei den Howaldtswerken weder an den Gerechtigkeitsinn der russischen Regierung, noch — was schlimmer ist — an die Einbringensmöglichkeit der russischen Forderung zu glauben. Die Vermutung liegt nahe, daß hier Geschäfte mit der russischen Regierung gemacht worden sind, die eine Beleuchtung in Prozessen nicht betragen, denn die Ankündigung im Geschäftsbericht für 1905/06, daß Einkellungen schon getroffen sind, um den auch von der deutschen Botschaft empfohlenen Klageweg zu beschreiten, blieb bis heute unerfüllt. Vielleicht bringt die nahe bevorstehende Generalversammlung des Rates Lösung. Ueber den Weg zur Sanierung der Howaldtswerke bestehen heftige Differenzen, ein Teil der Aktionäre, die Howaldtschen Erben, will die Sanierung durch Verkauf unterbehaltenen Terrains der Gesellschaft herbeigeführt wissen, während die Gruppe Brown, Boveri & Co. Zusammenlegung der Aktien und Zugahlung in Vorschlag bringt. Durch die letztere Form würde das Uebergewicht der Brown, Boveri-Gruppe gestärkt werden.

Bei der Aktiengesellschaft Meiser (Schiffswerk), Bremen, ergab das Jahr 1909 einschließlich 147 911 M. Vertrag aus dem nur 6 Monate umfassenden Vorjahr bei von 209 942 M. auf 576 580 M. erhöhten Abschreibungen einen Reingewinn von 430 133 M., von dem nach Uebersetzungen in Höhe von etwa 47 000 M. an verschiedene Fonds 383 285 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Eine Dividende gelangte wieder nicht zur Verteilung, wie die Verwaltung erklärt, mit Rücksicht auf den Auftragsbestand und die unsichere Zukunft. „Es angeht sich der zweifelhaften Ausichten für das laufende Geschäftsjahr“, führt der Bericht weiter aus, „die Arbeiterzahl beibehalten werde, erspüre fraglich, da Aufträge von der kaiserlichen Marine und von den Privatreedereien noch immer zu Preisen abgegeschlossen werden, die einen Verdienst kaum zulassen.“ Selbst berührt die Behauptung von den schlechten Preisen, die das Reich angeblich zahlt; die Gesellschaft plant die Beschaffung einer neuen Anleihe, weitere Aufwendungen machen sich nach ihrer Angabe durch den Uebergang zum Turbinenbau und zum Bau von Explosionsmotoren notwendig. — Die Aktiengesellschaft „Neptun“, Schiffswerk und Maschinenfabrik in Rostock, erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß dank ihrem Auf es zwar gelang, genügend Aufträge für die Beschäftigung des vorhandenen Stammes gut geschulter Arbeiter herbeizubringen, doch wäre dies nur unter finanziellen Opfern möglich gewesen, die nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis des verfloffenen Geschäftsjahres bleiben konnten. Die Abschreibungen betragen 150 964 M. (im Vorjahr 209 412 M.), der Reingewinn war einschließlich des Vortrags 128 424 M. (im Vorjahr 193 175 M.). Davon sollen nach Dotierung des Reservefonds 1 Prozent Dividende verteilt werden. Nach den Ausführungen der Verwaltung war die Beibehaltung des vorjährigen Dividendenniveaus nur möglich, weil sie die in den Vorjahren reichlich bemessenen Abschreibungen diesmal in normalen Grenzen gehalten und gleichzeitig einen Teil der stillen Reserven in Anspruch genommen hat. Von den im Bau befindlichen und neu kontrahierten Neubauten gingen so viel in das nächste Geschäftsjahr hinüber, daß die Fabrikation für das Geschäftsjahr 1910 verhältnismäßig ist. — Für 1909 ergibt sich bei der Schiffswerk von Henry Koch, Aktiengesellschaft, Lübeck, ein Verlust von 183 313 M. (im Vorjahr 21 787 M. Verlust). Der Bericht bemerkt, daß in der zweiten Jahreshälfte die Beschäftigung sich ungenügend gestaltete, daß der Werkbetrieb immer mehr eingeschränkt werden mußte. Die Generalversammlung hat bekanntlich die Kapitalreduktion von 1 Million auf 600 000 M. durch Zusammenlegung

der Aktien genehmigt. Günstiger werden die Ausichten beurteilt, die Gesellschaft hat den Bau eines größeren Docks und den Neubau von zwei Frachtdampfern übertragen erhalten.

Noch eine Neußerung über die Situation der Schiffbauunternehmungen sei registriert: in der Generalversammlung der Tecklenborgs Schiffswerk, Aktiengesellschaft in Bremerhaven, bemerkte der Vorsitzende, daß über die Geschäftslage Bestimmtes nicht anzugeben sei. Die besseren Ausichten des Schiffbaues ließen einen befriedigenderen Jahresabschluß erwarten. Nachdem ein wegen Arbeitsmangel für eigene Rechnung erbauter Dampfer verkauft ist, baue die Werft wieder nur bestellte Dampfer. —

Von den großen gemischten Werken ist jetzt die Deutsch-lugemburgische Bergwerks-Aktiengesellschaft zur Ausführung der längst geplanten Erweiterungen geschritten. Sie erhöht ihr Aktienkapital um 15 Millionen Mark, von denen 10 Millionen zum Erwerb von 10 Millionen Mark Aktien der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft, der Rest zum Erwerb der Gewerkschaft Kaiser Friedrich in Barop sowie zum Aufschluß von Erzlagern im In- und Ausland dienen. Ausdehnungsprojekte anderer Montangesellschaften sind gleichfalls ausführungsbereit und dürften in aller kürzester Zeit zum Abschluß gelangen.

Aus der Reihe der zahlreich vorliegenden Abschlüsse von Industrieunternehmungen heben wir hervor: Ludwig Loewe & Co., Aktiengesellschaft zu Berlin, die, wie in den drei Vorjahren, eine Dividende von 16 Prozent verteilt. Das abgelaufene Jahr, schreibt die Verwaltung, hat sich in bezug auf den Umsatz günstiger gestaltet, das Gewinnergebnis ist dagegen zurückgeblieben, einmal infolge der weiter sehr gedrückten Preise, dann aber auch infolge höherer Aufwendungen für Handlungsunkosten (für Vorarbeiten, Reklame und Reisekosten). Dagegen haben die folgenden Unternehmungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, wiederum besser gearbeitet, dadurch die Gesellschaft in die Lage gekommen, die gleiche Dividende auszuscheiden: die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen verteilt 8 Prozent, die Dividende der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik beträgt 22 Prozent gegen 20 Prozent im Vorjahr, die Deutsche Niles-Werkzeugmaschinenfabrik war im abgelaufenen Geschäftsjahr besser beschäftigt als im Vorjahr, eine Dividende ist jedoch nicht zu erwarten; die Typograph-Gesellschaft und die Korr-Premsen, G. m. b. H., haben auch im abgelaufenen Jahre gute Resultate erzielt und sind auch weiter gut beschäftigt.

In der Generalversammlung der Adlerwerke, vormals Heinrich Kleber, Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M., die auch für 1909 wieder eine Dividende von 25 Prozent verteilt, erklärte die Verwaltung, daß an der Bergförderung des Betriebes mit der größten Beschleunigung gearbeitet werde. Es sei mit Streiks zu rechnen, durch die möglicherweise die Arbeiten unterbrochen werden könnten, auf einen Ausfall von längerer Dauer werde jedoch nicht gerechnet. Im übrigen würde der Betrieb der Gesellschaft durch Erweiterungsbauten wenig beeinflusst. Das gute Ergebnis sei in der Hauptfache dem großen Bedarf an Automobilen zuzuschreiben, der Absatz von Fahrrädern habe sich in früherer Höhe gehalten, während der von Schreibmaschinen eine abermalige Steigerung erfuhr. In bezug auf das laufende Jahr teilte die Verwaltung mit, daß die vorliegenden Aufträge die zur entsprechenden Zeit des Vorjahres wesentlich überstiegen.

### „Gegen den Klassenegoismus der Arbeiter.“

Im badischen Landtag beschäftigte man sich Anfang März in nicht weniger als vier Sitzungen mit dem bekannten „christlichen Musterstreit“ in Rheinfelden, wobei die M.-Gladbacher Methoden von den sozialdemokratischen Rednern wie auch von Fabrikinspektor Dr. Wittmann und dem Ministerpräsidenten v. Bodmann nach Gebühr beleuchtet und getrandamiert wurden. Der Engel, der seine Schande selbst als Tribünenbesucher des Landtages miterlebte, ging zertrümpert und zerfetzt aus der viertägigen Debatte hervor. Die Zentrumredner, die die „neutralen“ christlichen Gewerkschaften mit der bekannten abgelebten Demagogie verteidigten, konnten trotz aller Bemühungen die Vorgänge in Rheinfelden nicht aus der Welt reden und nicht ungeschoren machen, und so kämpften sie für eine verlorenen und aussichtslose Sache. Alle Schwarzen zusammen konnten den Mohr Engel nicht weiß waschen und hüpfen oder waschen, er bleibt der unmögliche Wahrheitsapostel, in dem die ganze M.-Gladbacher Schule ihr „Seban“, ihren Zusammenbruch erlebte.

Mehrfach wurde von ultramontaner Seite der Versuch gemacht, die Verhandlungen von Rheinfelden und Engel abzulenkten auf andere Gebiete, um die Stokkrast der Opposition zu lähmen. Aber die schwarzen Tricks kennt man nachgerade überall und geht den ultramontanen Kalfenfängern nicht mehr in die Falle.

Der Pfarrer Knobel bedauerte die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung, was von ihm in dem Sinne ganz ernsthaft gemeint sein mochte, daß nicht alle Organisationen so schön am Gängelbande der Zentrumspartei, der geistlichen und weltlichen Politiker, geführt werden können, wie die christlichen Gewerkschaften. Und darum auch beurteilte er zur Abwechslung wieder einmal den Klassenkampf der Arbeiter, was er so machte:

„Das sozialdemokratische Prinzip des Klassenkampfes ist verfehlt, weil es antisozial ist. Sozial ist es, wenn die Klassen sich in die bestehende Gesellschaft einordnen. Dem einseitigen Einzelgeiz folgte als Extrem der Klassenegoismus. Das ist aus der Geschichte zu erklären und zu begründen. Bei der Bedung der Kultur, so trägt Redner dann fort, ist die Innenkultur vernachlässigt



dem Grabes, die trotz aller Mühe nicht frohlocken können und sich mit dem Sage trösten müssen. Wer nicht erbeutet und nicht erbt, der bleibt ein armes Leber, bis er stirbt.

Ein Kassenbewahrer Arbeiter fällt auf den kapitalistischen Schwand nicht mehr herein. Ihm ist der Sperling in der Hand lieber als die Raube auf dem Dache, denn er weiß, daß die durch die gewerkschaftlichen Organisationen erlangte Erhöhung seiner Lebenshaltung mehr wert ist, als der Substanzverlust eines großindustriellen Erboradens. Er überläßt es den Luftkünstlern, Phantomen nachzulagen und darüber die Gegenwart zu verlieren, und den armen Schelmen, die dem gelben Schwindelbäumchen folgen, widmet er ein herrliches Bedauern.

Drusus.

### Propaganda für Arbeiterschutz und Unfallverhütung in der Metallindustrie.

Die Leipziger Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1905 übertrug dem Vorstand die Aufgabe, den Arbeiterschutz durch Anschauungsunterricht zu fördern. Die Lösung der Aufgabe wurde damit versucht, daß im Jahre 1906 und 1907 eine Anzahl Kollegen in mehreren Gruppen auf Verbandskosten zum Studium der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg beauftragt wurden. Es stellte sich aber nach den ersten Erfahrungen schon heraus, daß technische Schwierigkeiten die Delegierten hinderten, dort genügende Informationen zu erhalten. Auch zeigte sich, daß die Delegierten die gewonnenen Eindrücke nicht erfolgreich propagieren konnten. Die ersten Erfolge entsprachen nicht den veranschaulichten Gedanken: Die Propaganda für Arbeiterschutz und Unfallverhütung in der Metallindustrie in Versammlungen durch Vorträge mit Lichtbildern vorzunehmen. Thebus bewies mit einigen Lichtbildern in Halle a. S. und Stuttgart, daß die Methode Erfolge verspricht und der Vorstand bereitete dann die Veranstaltung solcher Vorträge vor.

Kollege Sebastian Lauterbach, der nach dem Tode von Thebus vom Vorstand mit der Aufgabe betraut wurde, hat im letzten Vierteljahr 1909 etwa 40 Vorträge in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen gehalten. Zuletzt hat er jetzt eine Vortragstour im 5. Bezirk (Provinz Sachsen, Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Anhalt und den Thüringischen Staaten) beendet. Wo er in 59 Orten vor rund 30 000 Zuhörern gesprochen hat. Der Besuch war in den meisten Orten ein guter, zum Teil ein sehr guter. An den wenigen Plätzen, wo die Zuhörer in geringer Zahl erschienen waren, schob man die Schuld darauf, daß für Arbeiterversammlungen in letzter Zeit viel Lichtbildervorträge veranstaltet gewesen seien, die nichts wert waren und deswegen viele Arbeiter abgeschreckt hätten.

Besonders nützlich erscheint es, daß die jugendlichen Arbeiter zu den Vorträgen herangezogen worden sind. Soweit sie Mitglieder der Gewerkschaften oder der Jugendorganisation waren, haben sie unentgeltlichen Eintritt gehabt. Auch nahmen viele Frauen an den Vorträgen teil, die vielleicht zum erstenmal ein Bild davon erhalten haben, unter welchen Verhältnissen und Gefahren die Arbeit in den Industriebetrieben ausgeübt werden muß.

Die Gewerbeinspektoren sind zum Besuch der Vorträge eingeladen worden; die Mehrzahl derselben sind den Einladungen auch gefolgt, die anderen entschuldigten sich, daß sie wegen ihrer getragenen Dispositionen nicht kommen könnten. Neben den Gewerbeinspektoren haben auch vielfach Werkbeamte die Vorträge besucht. Bei diesen fand der Anschauungsunterricht volle Zustimmung.

Die Versammlungsteilnehmer sind überall mit großer Aufmerksamkeit dem Vortragenden gefolgt, was durch die guten Lichtbilder sehr erleichtert wurde. In vielen Zeitungsrezensionen ist die Veranstaltung der Demonstrationen günstig und anerkennend besprochen worden. Der Genosse Adolf Zehle in Halle a. S. schrieb unter dem Titel: „Ein neues gewerkschaftliches Agitationsmittel“ folgende Zeilen, die den Stoff und die Art seiner Verwendung vorzüglich kennzeichnen, weswegen wir sie hier folgen lassen:

„Doppelt hält besser. Was allein durchs Ohr zu unserer Kenntnis gelangt, kann nicht so tief und sicher sich einprägen, als wenn Ohr und Auge gemeinsam die Eindrücke aufnehmen. Jeder Vortragende, sei er auch noch so geübt, weiß, daß es ihm fast unmöglich ist, gewisse Gebiete so zu behandeln, daß sie bleibendes Eigentum der Zuhörer werden. Und jeder Zuhörer, auch der aufmerksamste, hat oft schon wahrnehmen müssen, daß wichtige Teile eines Vortrages, die er sich gern merken wollte, seinem Gedächtnis wieder entschwunden sind, ehe er sich's versieht. Nicht dem geringen Interesse der Zuhörer, sondern den Mängeln, die mit der Aufnahme neuer Begriffe und Vorstellungen durchs bloße Hören verbunden sind, ist es zur Last zu legen, daß die Überwältigung von gewerkschaftlichen und politischen Vorträgen, die für die Führer in unseren Organisationen gehalten werden, einen verhältnismäßig nur geringen dauernden Nutzen hinterlassen, so daß nur durch häufige Wiederholungen diejenige Festigkeit des Gehirneindrucks erzielt werden kann, die nötig ist, ehe eine neue Vorstellung unverlierbares geistiges Eigentum wird.

von 2 1/2 Stunden, wobei er 125 Kilometer zurücklegte. Sein Bruder Orville erreichte die Höhe von 90 Meter.

Viele Konkurrenz hatte aber auch die Franzosen zu den größten Anstrengungen veranlaßt und schien sie kühner zu machen, so daß sie es bald weiter brachten. Mit Mériots und Jarman flogen von 1/2 Stunden, Latham und Sommers Dauerfliegen von 1 und 1 1/2 Stunden war die Ehre Frankreichs gereicht. Von da ab wurde die Aviatik zum Sport, der neue Sensationen suchte. hatten die Aviatiker bisher ihre Übungsplätze, die Aerodrome, nicht verlassen, so unternahmen sie jetzt Überlandflüge in die Umgegend von Paris bis zu 40 Kilometer. Eine ganze Anzahl hoher Preise wurde ausgesetzt und es entspann sich ein reger Wettbewerbs die Aviatik ging damit den selben Weg, wie lenzert der Automobilmusik, der auch dem Sport seine rasche Entwicklung in den ersten Jahren zu verdanken hat. Mehr als nach Preisen allein verlangte es aber viele nach dem Ruhm, als erster den Kanalar zu fliegen Frankreich und England zu überfliegen, ein Wagnis dessen Ausgang alle Welt mit Interesse erwartete. Während man noch zweifelte, daß es überhaupt unternommen werde, kam die überraschende Nachricht von Mériots mutigem und glücklichen Flug. Die Kunde, die diese Kunde auslief, ist noch nicht vergessen.

Der gesamte Aufschwung, den dadurch das Flugwesen innerhalb kurzer Monate erfahren hatte, ließ jetzt auch weitere Schritte an seine Zukunft glauben und die frühere Zurückhaltung wurde zur Begünstigung. Nie hat irgendein Zweig der Technik die Anteilnahme gefunden, wie die Aviatik. Immer mehr Ingenieure wandten sich dem neuen Gebiet zu und die Zahl flugfähiger Apparate verdoppelte sich ständig. In Frankreich und England betraufte man Ausschreibungen und selbst das bis jetzt unbeflegte Deutschland verdrängte in Frankfurt a. M. den Anfang zu machen. Das Land der Erfolge aber blieb Frankreich und neben ihm Amerika. Dort, wo Fliegerfabriken und aviatische Schulen mit einer langen Reihe von Jünglingen bestanden, hielt man auch das erste Flugzeug ab. Auf dem weiten Felde von Reims entstand eine kleine Stadt von Lehrplänen, Paraden und Fliegergruppen, da sich im ganzen 35 Aviatiker angefangen hatten und alles voller Spannung dem Wettbewerbs entgegen sah. Und die Erwartungen wurden nicht getäuscht; die Reimer Woche war ein ganzer Erfolg, brachte Ueberraschungen, unerwartete Leistungen. Als eindrucksvollstes Moment blieb das Schauspiel in Erinnerung, als sich gleichzeitig sieben Flugmaschinen in der Luft

Dieses Schicksal ist für Vortragende wie für Zuhörer gleich unangenehm. Die Worte zum größten Teil bestialisch, wenn neben dem Hören auch das Auge greift wird, wie es bei Lichtbildervorträgen geschieht. Die Beliebtheit derselben erklärt sich eben daraus, daß ein Vortragsgeschehnis sich ungleich leichter und sicherer einprägt, wenn Ohr und Auge zusammen arbeiten können, als wenn das Ohr allein tätig sein muß.

Als im vorigen Jahrzehnt die Lichtbilder allgemeine Verwendung fanden, geschah das zunächst vorwiegend im Interesse der Unterhaltung. Darüber ist man längst hinaus. Die Lichtbilder dienen jetzt in erster Linie der Belehrung. Manche Bildgebiete sind ohne Lichtbilder der Masse der Zuhörer einfach nicht zum klaren Verständnis zu bringen. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gehörte nun das Verdienst, daß er ein neues, jedem Arbeiter ungemünztes wichtiges Gebiet für die Belehrung durch Lichtbildervorträge erschlossen hat. In seinem Auftrag hat Genosse Lauterbach (Stuttgart) an 120 öffentliche Darstellungen über Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie angefertigt. Während sonst ein mehr als zweistündiger Vortrag fast ohne Ausnahme Referenten und Zuhörer ermüdet, namentlich wenn es sich um ein sprödes Thema mit diesem Zahlenmaterial handelt, folgt jeder mit unermüdeter Aufmerksamkeit den Erläuterungen, die Genosse Lauterbach über seine Lichtbilder gibt.

In geschickter Gruppierung des Stoffes machen uns die farbenreichen Bilder bekannt mit der Entwicklung Deutschlands vom Agrar zum Industriestaat. Sie zeigen uns dann drastisch das Anwachsen der Unfallzahlen, die Folgen der Unfälle, die Schutzmaßnahmen auf den verschiedenen Gebieten der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, die sanitär und hygienisch mögliche Vorsorge und unendlich vieles andere. Die angenehme, von gründlicher Sachkenntnis zeugende Vortragweise des Referenten trägt wesentlich dazu bei, daß weder der Gesamteindruck seiner Ausführungen noch das Wichtigste aus den Spezialangaben wieder vergessen werden kann. — Der zweite Teil des Vortrages führt uns unter anderem die verheerenden Wirkungen des Stein- und Metallstaubes einbringlich vor Augen. Weiter werden uns alle Maßnahmen gezeigt, durch welche die am Leben der Arbeiter interessierten Berufskrankheiten beseitigt oder doch gelindert werden können. Auch die Entwicklung des übermäßigen Alkoholgenusses auf krankhafte Veränderungen des Herzens und des Magens werden in farbigen Bildern auf die Leinwand gebracht. In seinen Schlussbetrachtungen zeigt der Vortragende an der Hand einer graphischen Darstellung, was seine Gewerkschaft bereits für die Metallarbeiter erreicht hat, wie unendlich viel es aber noch zu tun gibt, ehe der Arbeiter ein Leben als Kulturmenschen führen kann.

Der sehr harte Befall ließ erkennen, wie ausgezeichnet es dem Redner gelungen war, die Zuhörer zu fesseln. Auch die zahlreich anwesenden Frauen erkannten gern an, daß sie dem Vortragenden mit lebhaftem Interesse auf ein Gebiet gefolgt waren, das durch einen Vortrag ohne Lichtbilder kaum mit größerem Nutzen für die Zuhörer behandelt werden kann.

Es wird nicht ausbleiben, daß die anderen Gewerkschaften dem Metallarbeiter-Verband auf dem betretenen Wege folgen und für ihre Berufsangehörigen derartige Lichtbildervorträge arrangieren werden. Genosse Lauterbach unternimmt bis Ostern eine Vortragstour durch Mitteldeutschland. Das gehaltvolle Referat verdient, daß es überall einen starken Besuch findet, und zwar nicht nur aus den Kreisen der Metallarbeiter.

Der Erfolg läßt sich gegenwärtig schon scharf übersehen, daß die Arrangements und Teilnehmer an den Vorträgen sich dahin ausgesprochen, daß die besprochene Propaganda richtig und erfolgreich ist. Das Verständnis für die Sache ist gewandt und verfeinert worden. Die Kollegen versuchen auf Grund des Gehörten und Gesehenen zu wirken. In verschiedenen Betrieben haben die Arbeiter Hinweise gegeben, wie einzelne Maßnahmen und Einrichtungen beschaffen sein müssen, und sie haben dadurch, daß den Anregungen Folge gegeben wurde. In anderen Betrieben konnte wahrgenommen werden, daß von der Betriebsleitung diese und jene Einrichtung verbessert wurde. Für die Metallarbeiter besteht die Aufgabe, das Erreichte in den einzelnen Betrieben festzuhalten und ständig auf Verbesserung bedacht zu sein.

So nützlich und erfolgreich der Anfang mit Lichtbildervorträgen für die Propaganda des Arbeiterschutzes ist, so muß doch sofort verlangt werden, daß eine Erweiterung dieser Verbandsstätigkeit in etwas beständiger Form erfolgt. Das Arbeitsfeld für diese Tätigkeit ist sehr groß und so reichhaltig, daß nicht nur ein Vortrag, sondern über sehr viele Sachen Vorträge gehalten werden müssen, was für Redner und Redner notwendig ist. Außerdem ist es unmöglich, daß ein Mann das umfangreiche Arbeitsfeld genügend bearbeiten kann. Man darf hierbei nicht von der Meinung ausgehen, daß die kleinen Verwaltungsstellen zurückbleiben können, denn dort wird sehr wirksam mit den Vorträgen zu arbeiten sein. Aus dem Grunde muß der Verband Sorge tragen, daß mehrere Personen bei der Propaganda mit Lichtbildern tätig sein können, denn ein Mann würde fünf Jahre gebrauchen, um in allen Verbandsorten einmal in dem besprochenen Sinne tätig sein zu können. Auch ist der eine Mann nicht in der Lage, die verschiedenen Gebiete und Fragen bearbeiten zu können, was bekanntlich nicht aus dem Vermerk geschüttelt zu werden vermag. Es ist möglich und notwendig, neben dem Arbeiterschutz auch andere Dinge mit Lichtbildern eindrucksvoller behandeln zu können, wie es bisher geschehen ist.

Die Kosten brauchen nicht gekümmert zu werden, denn bei etwas gutem Willen an allen Orten entstehen keine Schwierigkeiten für die

Sammlen, übereinander und nebeneinander flogen. Und nicht nur Helms, sondern auch die folgende Zeit brachte den Beweis, daß all das keine Zufallsleistungen waren. So groß ist der Fortschritt, daß hier nur die Rekordzahlen angegeben werden können. Den zeitlich längsten und weitesten Flug hat Jarman vollbracht — in vier vollen Stunden legte er 234 Kilometer zurück, eine Strecke wie von Stuttgart nach Frankfurt a. M. Die größte Höhe erreichte erst vor kurzem Paulhan mit 1524 Meter. Was das heißt, erweist man am anschaulichsten daran, daß sein 15 Meter langer Apparat dem Beobachter nicht größer als eine Schwadde erschien. Rauban bewies damit, daß es praktisch keine Höhenbegrenzung für Flugmaschinen gibt. Seiner Aufgabe nach sieht sich die Aviatik in größerer Höhe flieher vor Luftwiderständen, die die Unbedenklichkeit der Erde für den Flieger zu verunsichern. Die erreichten Geschwindigkeiten schließlich bewegen sich zwischen 60 und 90 Kilometer in der Stunde. Ein mittlerer Flieger kann es also heute schon mit einem Schnellzug aufnehmen. Endlich sei gesagt, daß Jarman zehn Kilometer mit drei Begleitern zurücklegte. Die Aviatik hat also Leistungen gezeigt, deren Möglichkeit man vor 1 1/2 Jahren nicht vermuten durfte, ohne der Rückständigkeit ausgelegt zu sein — und heute ist man schon daran gewöhnt. Gerade dieser Tatsache sollte man eingedenk sein, um auch für die Zukunft den rechten Wert zu wahren. Selbst die verschiedensten Witterungsverhältnisse dürfen nicht störend wirken. Es wird allerdings viel Holz zerbrochen oder „geholt“, wie der terminus technicus lautet, mancher Apparat nahm ein vorzeitiges Ende. Aber gerade hier geht probieren über fröhlichen. Einer der bekanntesten und wissenschaftlichsten Aviatiker sagt: „Eine Flugmaschine erfinden ist nichts, sie bauen ist leicht — aber sie erproben ist alles.“ Die Anforderungen, die an den Lenker in Bezug auf Kraft, Geschlossenheit und Geistesgegenwart gestellt werden, sind noch ungeahnt groß. Erst der weitere Ausbau der Details wird das Flugzeug vom Flieger unabhängig machen. Erstenswertweise geht es aber für den Aviatiker bei solchen Unfällen glücklicherweise ab. Bei dem Flugwettbewerb zu Seltopolis stürzten zwei Fahrer aus 30 und 40 Meter Höhe herab, ohne sich zu verletzen. Mériot hat so an die 30 Unfälle hinter sich und ist noch „ungebrochen“. Es rührt dies wohl von der schicksalartigen Wirkung der großen Stoffflächen her. Erinnert man sich dagegen, daß bei dem ersten Autorennen Paris-Brüssel fünf Tote zu verzeichnen waren, so erscheint in dieser Hinsicht der Flugapparat viel weniger bedenklich. Meist ist ja das Veragen des Motors die

Ursache unfreiwilliger Unterbrechung des Fluges und in solchen Fällen geht der Flieger in einen höheren Gleitflug über. In o j e c t stelle zur Erde seinen Motor in 150 Meter Höhe ab und schwebte vollständig ruhig zur Erde. Das aller Fortschritt keine Opfer fordert, das ist Bestimmung und unabwendbar.

Vielach sind solche Vorkommnisse die Quelle wertvoller Erkenntnisse gewesen. Vor zwei Jahren wollte man von der Brauchbarkeit einzelner Typen nichts. Heute dagegen haben sich zwei Varianten herausgebildet, von denen jede ihre eigenen Vorteile hat. Einmal, das heißt Apparate mit nur einer einzigen Tragfläche (wie Mériot, Latham), erweisen sich sehr schnell, während sie in Bezug auf Tragfähigkeit den langsameren Zweiflüglern (Wright, Voisin, Jarman) nachstehen. Von den Anhängern der Mehrflüglern brachte es dagegen ferner zu nennenswerten Erfolgen. Weitergehende Verbesserungen hat das „Herz des Flugapparates“, der Motor, erfahren und als ganz spezifisches Ergebnis aviatischer Anforderungen ist der Rotationsmotor entstanden. Die zu einem einzigen, sternförmigen Stück vereinigten Zylinder treffen mit rund 1000 Touren um einen Fixpunkt und nehmen hierbei die Luftschraube mit. Welche Güte des Materials und Präzision der Verarbeitung erfordert eine solche Maschine, um die Gefahr des R-rens bei den großen Zentrifugalkräften zu verhindern! Was aber das Erreichen einer solchen Reueung bedeuten kann, beweist die Reimer Woche. Von dem Augenblick an, da Jarman einen solchen Motor an Stelle seiner alten Maschine einbaute, „überfügte“ er seine Mitbewerber.

Die Zeit langsamestem und langsamem Experimente ist also endgültig abgeschlossen und die Weiterentwicklung der Aviatik kann in bewussten Bahnen vorwärts schreiten, wenn es auch bis zur Vollkommenheit noch ein weiter Weg ist. Ausbaur der Eigenständigkeit. Ermöglichung des Fluges auch bei größeren Windstärken sind die nächsten Aufgaben. Deutschland hat erst jetzt in dem Waggshurger Grabe seinen ersten Aviatiker erhalten und ist im ersten diesjährigen Flugwettbewerb zu Seltopolis erfolgreich vertreten worden. Viele andere deutsche Apparate sehen ihrer Vollendung entgegen. Die wichtigste Tatsache, daß bei aller Bedeutung der Erfolge im Ballon- und Luftschiffbau die Zukunft den leichtbeweglichen, schnellen und billigen Flugmaschinen gehört, muß aber auch uns erkennen lassen: Volare necesse est.

### Das Koalitionsrecht und die Maschinenfabrik Augsburg.

Der Erlaß des Verbandes der bayrischen Metallindustriellen, durch den das Koalitionsrecht der kaufmännischen und technischen Angestellten illusorisch gemacht werden sollte, ist noch in aller Erinnerung. Die Bewegung, die dieser Erlaß in allen Volksteilen hervorgerufen hat, war mächtig und man sollte glauben, daß sich die Metallindustriellen scheuen würden, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten weiter anzustreben. Wenn auch durch den in der gesamten Bevölkerung erregten Unwillen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Angestellten verhindert wurde, so versuchten die Metallindustriellen doch, in Einzelfällen zu ihrem Ziel zu gelangen. In erster Linie verdient hier die Maschinenfabrik Augsburg genannt zu werden, die jede ihr unangenehme Richtung aus ihrem Betrieb ausschließt. Unseren Lesern ist bekannt, daß in Augsburg die gelben Sumpfpflanzen am besten gedeihen und daß von der Direktion der Maschinenfabrik nicht nur ein gelber Arbeiterverein, sondern auch ein gelber Beamtenverein ins Leben gerufen wurde. Jeder Beamte, der nicht Mitglied dieses Vereins und dadurch ein gefälliges Element der Direktion werden will, hat keinen Platz in der Augsburger Maschinenfabrik, er wird auf irgendeine Art, und wenn sie noch so schädlich ist, aus der Fabrik hinauszugetrieben versucht. So erging es auch dem Ingenieur Veier. Im August vorigen Jahres fanden in Augsburg die Wahlen der Angestelltenausschüsse zur Handelskammer statt. Schon vor der Wahl gelegentlich einer Regierungskonferenz, zu der die Direktionsmitglieder der Maschinenfabrik ebenfalls eingeladen waren, erklärte einer dieser Direktoren, als man Schutzmaßnahmen für die in diese Ausschüsse gewählten Angestellten verlangte: „Was nützen alle Schutzmaßnahmen; wenn der Kandidat der Firma nicht steht, so kündigt man ihm.“ Als die Listen zur Wahl eingereicht waren, wurde festgestellt, daß sich auf der Liste der unabhängigen Angestellten auch der Name des Ingenieurs Veier befand, der durch das Vertrauen seiner Kollegen in den Ausschuß gewählt werden sollte. Dieser Kandidat war der Direktion der Maschinenfabrik, die selbst eine Liste der gelben Beamten aufstellte, sichtlich unangenehm und man wollte mit allen Mitteln versuchen, die Wahl dieses Beamten hintanzuhalten. Es wurden zunächst Wähler zu „machen“ versucht. Eine große Anzahl Bedienstete der Maschinenfabrik Augsburg wurden zu Beamten befördert, um ihnen dadurch das Wahlrecht zu sichern; der Zweck dieser Maßnahme wurde aber nur zum Teil erreicht, es wurden circa 40 solche Beamte vom Wahlvorsteher zurückgewiesen, weil sie nach der Art ihrer Beschäftigung ein Wahlrecht nicht hatten. Bei Feststellung des Wahlergebnisses stellte sich heraus, was schon durch die starke Wahlbeteiligung vermutet wurde, daß die Liste der unabhängigen Angestellten mit großer Majorität gewählt war, während die Liste der Maschinenfabrik schmählich durchfiel. Es hat also alles nichts genützt; die ganze Unterstützung der Maschinenfabrik war umsonst, obwohl nichts unversucht gelassen wurde, der gelben Liste zum Siege zu verhelfen; es fanden in den Fabrikräumen während der Bureauzeit zwei Versammlungen statt, Beamte der Direktion versuchten, in anderen Augsburger Fabriken Anhänger für die gelbe Liste zu gewinnen u. s. w. Nachdem die unabhängigen Angestellten schon mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, blieben natürlich auch sie nicht untätig, sondern suchten ebenfalls ihre Liste zu fördern, so gut es ging. Die Direktion der Maschinenfabrik, die die Agitation unter den Gelben innerhalb des Betriebes nicht nur duldet, sondern in den Versammlungen sogar die Erlaubnis erteilt, hatte auf die Tätigkeit der Anhänger der anderen Liste ein scharfes Augenmerk geworfen. Es galt zunächst den Beamten zu entfernen, der sich des größten Wohlwollens seiner Kollegen erfreute, und dies war der



Schiffen werden:

Lit. A. Mühlbacher, Nr. 108515, Wd. auf Sch. Dreisel, Schmid, geb. am 2. Juli 1866 zu Dautenbach. (W. v. D. R.)

Lit. A. 300078, Landbau auf Rob. Bger, Gießarbeiter, geb. am 27. April 1876 zu Weierdorf (Obb.).

Schwarzried:

Auf Antrag des Vorstandes des Oö. Metallarbeiter-Verbandes: vor dem Schlosser Wenzel Wozel, geb. am 30. April 1875 zu Hjalowitz, früher deutscher Buch Nr. 81916, wegen unkolleg. Verhalten. W. ist aus dem Oö. M. V. ausgeschlossen worden und darauf nach Deutschland abgereist. Mit einem ev. Antrag auf Aufnahme in unsern Verband ist W. an uns zu verweisen.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Mittelstraße 16 a“ zu adressieren. Weisendungen adressieren man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Mittelstraße 16 a; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld verhältnißmäßig ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zugug ist fernzuhalten:

- von Wauschlofern nach Stuttgart, L.; von Wauschlofern nach Hohenrhein bei Niederlahnstein (E. S. Schmidt) R.; von Dreher nach Gräbchen-Breslau (Firma Hedmann); von Feilenbauern und Schleifern nach Hochum (Munnenhoff & Stegmann) St.; nach Chemnitz (Feilenbauerei E. S. Schmidt's Witwe) D.; nach Warkstein i. W. W.; nach Werdau in Sachsen (Fa. Fröhlich) D.; nach Witten (Werkzeugfabrik Seebing & Co.) W.; von Formlern, Eisengießereiarbeitern und Keilmachern nach Berlin (Flugl. Schwarz) St.; nach Düsseldorf (Stahlwerk Krieger) R.; nach Elbing (Firma Romnick) R.; nach Fulda (Paul Reil) St.; nach Geseesmünde (Fa. J. Verlach) D.; nach Geyersberg (Fa. H. Diederhoff) D.; nach Minden (Hoppe & Homann) St.; nach Münster a. N. (Fa. Wmann & Stöber) St.; nach Stodum bei Witten (Stahlwerk) R.; nach Weimar (Stahlgießerei der Weisfal. Stahlwerke) D.; nach Zwickau (Gusswerke) R.; von Goldschlägern nach Dresden; nach Schwabach; von Kesselschmiedern nach Stuttgart; von Klempnern und Rohrlegern nach Breslau L.; nach Flensburg (Fa. L. George) W.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Altwasser (Maschinenfabrik Karlsbütte) D.; nach Forst i. L. (Firma Marber & Co.) St.; nach Linen bei Dortmund (Botho & Ruhme) D.; nach München (Firma Weisbarth, Automobil) St.; nach Solingen (Firma Hugo Linder, Deltawerk) St.; nach Straßburg i. El. (Firma Angerer, Turbinenfabrik) St.; von Metallarbeitern nach Sundern, A.; von Schlossern und Schmiedern nach Hendsburg i. Holst. (Chem. Düngel. A. G.) St.; von Schlossern nach Heidenheim, D.; von Schmiedern und Zugschlagern nach Witten (Werkzeugfabrik Seebing & Co.) W.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; W.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formen.

Rautenberg im Harz. In der Gießerei der hiesigen Königs-Hütte herrschen Mißstände. Herr Ingenieur G e n n e s versteht es, die Löhne durch Abzüge so zu drücken, daß man nicht mehr in der Lage ist, einen angemessenen Verdienst zu erreichen. Hauptächlich haben die Maschinenformen darunter sehr zu leiden. Verdienste von 2,40 bis 2,60 M. pro Tag sind nicht selten, über 3 M. kommen nur wenige. Auspruch wird bei den Maschinenformen nicht, bei den Handformen nur zum Teil bezahlt. Die Modellplatten sind so überfüllt, daß unbedingt Ausschuß gegossen werden muß. Eine Vereinbarung über den Preis gibt es nicht, Herr G e n n e s setzt die Preise nach Belieben fest, ob die Arbeiter auf ihren Lohn kommen, danach wird nicht gefragt. Es kommt sogar vor, daß der Guß schon verschickt ist und der Formen noch im unklaren über den Preis ist. Ein Formen fertigte ein Gußstück an, und als er den Meister um den Preis fragte, wurde ihm der Bescheld, es würde so bezahlt wie bei früheren. Es stellte sich aber heraus, daß es nach dem ausgestellten Arbeitszettel 50 S. weniger geben sollte. Durch Vorstellenwerden bei G e n n e s erhielt der Formen nach langem Drängen 30 S. zugelegt. Die Folge war aber Kündigung „wegen Mangel an Arbeit“. Eine Ventilation gibt es im alten Bau nicht. Gerade in dieser Werkstatt laßt es jedoch am meisten, weil der Sand so schlecht ist und, um ein gutes Stück zu formen, der Sand sehr dick aufgetragen werden muß. Ein Spezialeal ist nicht vorhanden, die Formen müssen beim Mittageßen und Wesper den ganzen Staub auf ihrer Arbeitsstätte mit einatmen. Durch die schlechten Lohnverhältnisse sind die Arbeiter veranlaßt, die Ruhepausen nicht einzuhalten; es wird während der Mittags- und Wesperzeit oft durchgearbeitet. Der Kontrollenmeister wird pünktlich geschloffen, das Zuspätkommen wird mit 25 S. bestraft. Feterabend tritt unregelmäßig ein, für das Arbeiten nach Feterabend wird nichts extra vergütet. Die Abortanlage ist ohne Tür, sie wird nur durch einen Querballen und ein undichtes Dach gebildet. Wasch- und Badeanstalt sind vorhanden, aber leider nicht gebrauchsfähig, denn Wasser ist Luxus. Die Verengung ist sehr mangelhaft, es sind zwar Hogenlampen da, diese werden aber nur abends in Tätigkeit gesetzt. Die Schluß, daß es in der Gießerei nicht anders ist, liegt meistens an den Arbeitern selbst, denn Krüger- und Gesandvereine sind ihnen bisher die Hauptstütze gewesen. Aber nur ein Vereinigen in der Gewerkschaft kann Hilfe bringen. Deshalb, Kollegen, organisiert euch, schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an.

Gravure und Biscuere.

Leipzig. „Was lange währt, wird gut!“ Wenn dieses Sprichwort immer zutrifft, so muß der Tarifvertragsentwurf, den gegenwärtig die Berliner Prinzipale- und Gehilfenkommission gemeinsam ausarbeiten, ein wahrer Mustervertrag werden. Seit nahezu 1 1/2 Jahren spukt nun der Gedanke einer tariflichen Vereinbarung in den beteiligten Kreisen, aber man steht heute fast noch auf demselben Punkte wie zuvor. Vor dem Nürnberg-Bundestag der Prinzipale wurde in der Deutschen Graveurzeitung der Hoffnung

ausgedrückt, daß noch im Laufe des Jahres 1909 ein Tarifvertrag erzielt werden möge. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, obwohl der Bundestag sich in anerkennenswerter Güte für die Einbeziehung von Vertretern ausgesprochen. Man erklärt zwar hin und wieder durch die Metallarbeiter-Zeitung, daß da und dort Vereinbarungen festzulegen haben, aber von irgend etwas Entscheidendem ist noch nichts zu hören. Von verschiedenen Seiten ist nun bereits die Einberufung einer Besultatskonferenz gefordert worden, bis hier aber mit negativem Erfolg. Auch ist hin der Meinung, daß es unumgänglich notwendig ist, die Vertreter der einzelnen Orte zusammenzurufen, damit in der Tariffrage einblich Klarheit und Uebereinstimmung geschaffen wird. Dieses gibt es noch zu erörtern, an Stoff wird es der Konferenz zweifellos nicht fehlen. Auf der letzten Konferenz wurde gesagt, daß, falls die Notwendigkeit vorhanden sei, in zwei Jahren eine neue Konferenz einberufen werden solle. Die Notwendigkeit ist nun unbestreitbar vorhanden. Eine für den Beruf so wichtige Angelegenheit, wie es die Tariffrage ist, muß eingehend diskutiert werden. Es kann unmöglich ein gesunder Zustand sein, wenn jede Filiale ihre eigenen Wege geht. Ueberhaupt will es mir scheinen, als ob die enge Fühlung, die früher zwischen den einzelnen Orten bestand, verloren gegangen sei. Es ist nicht meine Aufgabe, zu untersuchen, welche Ursachen dies bewirken, ich stelle nur die Tatsache fest. Die Resolution, welche die Stuttgarter Kollegen gefaßt haben in bezug auf die Entlassung des Kollegen Brüdner, beweist nur, daß ich das Gefühl, daß etwas nicht stimmt, mit anderen Kollegen teile. Es genügt nicht, daß der Zentralvorstand sich in unseren besonderen Verhältnissen bei Kollegen Brüdner informiert, sondern Kollegen Brüdner muß die Möglichkeit gegeben sein, sich mehr als bisher unseren besonderen Verhältnissen zu widmen. Das dürfte viel dazu beitragen, eine engere Verbindung zwischen den einzelnen Orten herzustellen respektive die Bewegung mehr zu zentralisieren. Auch hiermit wird sich die kommende Konferenz zu beschäftigen haben. An dem Zentralvorstand ist es nun, die nötigen Schritte zu tun, damit die Einberufung der Konferenz nicht allzusehr verzögert wird. Hoffentlich handelt der Zentralvorstand nicht nach dem Motto eines neuzeitlichen Philosophen: „Wir werden sehen, wir werden hören und dann wird es sich zeigen!“ Wenn in diesem Falle könnten wir auf die Einberufung der Konferenz noch lange warten. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß energische Schritte getan werden, auch für unseren Beruf bessere Verhältnisse zu schaffen.

Hüttenarbeiter.

Rombach. Auf den Rombacher Hüttenwerken, der Schlüsselstätte der lothringischen Eisenindustrie, ist wieder einmal ein Opfer gefallen. Wenn schwere und tödliche Unfälle in einem Betrieb derart häufig auf dem Wirbel stehen, wie in den Rombacher Werken, dann wird dem einzelnen Vorkommnis gar oft nur wenig Beachtung geschenkt. Es ist ja eine halb regelmäßig werdende Erscheinung des Tages, was soll man sich also besonders dabei aufhalten. Regelmäßigkeit, und sei auch ihre Spur nur mit Blut gezeichnet, stumpft ab, und dann: die Herren vom Gelbad wissen, daß Menschenfleisch so billig ist. In der vorletzten Märzwoche, abends 11 Uhr, fand ein Arbeiter des Rombacher Wertes auf einem der vielen innerhalb des Werkes sich hinziehenden Bahngelände in der Dunkelheit einen menschlichen Rumpf. In vier Meter Entfernung lag der glatt abgetrennte Kopf, ein paar Schritte weiter wurde auch die fehlende Hand gefunden. Selbstgütig herbeigekommen, das geschäftige bürgerliche Pöbel: „Der Hüttenarbeiter August Frik geriet auf dem Wege zur Arbeit auf dem Rombacher Wert aus Eisenbahngelände und wurde totgefunden.“ Jetzt! Die Untersuchung ergibt dann heutzutage bei solchen Vorfällen gewöhnlich, daß der Verunglückte, wie festgestellt werden konnte — bei diesen „Feststellungen“ stehen dann den untersuchenden Behörden die ausschlaggebenden Dienste der Werkleitungen bereitwilligst und kostenlos zur Verfügung — betrunken war. Das Wert ist selbstverständlich frei von Schuld! Leider sind wir diesmal gezwungen, das schöne Ordnungsbild aus der Hüttenosphäre heraus und an das freiere Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. „Der Arbeiter geriet auf das Bahngelände.“ An derselben Stelle, wo der starke, blühende Mensch seinen Tod fand, geraten beim Schichtwechsel alljährlich zweimal je 1000 bis 1500 Menschen aufs Bahngelände. Ein großer Teil der Arbeiter des Stahlwerks und der Zentrale muß diesen Weg zurücklegen, muß den Weg sowohl über den Bahndamm und das darauffolgende Geleise, wie über den dann unmittelbar am Fuße des Damms liegenden zweiten Bahndamm, auf dem das Unglück passierte, nehmen. Gottes unerforschlichem Rathschluß habe es gefallen, den Verunglückten zu sich abzurufen, predigte am Grabe der Herr Pfarrer. Nach Ansicht der Arbeiter wird jedoch die Tatsache, daß jedes Jahr zehntausende gesunder, lebensfroher Menschen auf dem Feld der Arbeit hingemäht werden, nicht durch den „unerforschlichen Rathschluß“ eines über den Willen herrschenden Willens bedingt, sondern zum guten Teil durch den bodenlosen Leichtsinn, mit dem der moderne Kapitalismus mit den Menschenleben spielt. Der ganze lange Weg von fast einem Kilometer, den die Arbeiter innerhalb des Wertes nehmen müssen, ist des Nachts unbeleuchtet. Ein Zug wird rangiert, bei dem die Lokomotive hinten ist, an dem leise heranziehenden ersten Wagon ist keine Laterne — das Unglück ist geschehen. Ein Strahl des Lichtes aus der am Beerbigungstag des Opfers abends feierlich erleuchteten Villa des Direktors H n s b e r g an jenem Bahnübergang hätte vielleicht vermocht, daß der Herr Pfarrer nicht von Gottes „unerforschlichem Rathschluß“ gepredigt hätte. Auf ein paar Glühbirnen mehr zur Erleuchtung der Strecke wird es doch der enorm reichen Rombacher Hütte nicht ankommen. Es muß nicht immer kapitalistische Sparwitz sein, die viele Unfälle verursacht, sondern vielmals ist's nur bodenlose Gleichgültigkeit mit dem Leben des Arbeiters, den der gefüllte Gelbad zur Schau trägt. Die blutige Pflanze jedoch, die tagelang noch zwischen den Eisenbahnschienen stand und die erst — weil kein Beauftragter des Wertes, noch menschliche Gefühlskräfte geboten, sie hinwegzutragen — durch Sonne und Wind allmählich beseitigt werden muß, sie möge den Arbeitern eine Mahnung sein. Sie möge den Arbeitern sagen, daß der moderne Kapitalismus noch Züge aufweist, denen gegenüber es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, um sie aus der Welt zu schaffen.

Klempner.

Zürich. (Eine direkte Aktion.) Zur Erlangung des Neunhundertages haben die hiesigen Spengler die Durchführung der direkten Aktion beschlossen. Wunsch für die Anwendung dieser Taktik, die allerdings in Frankreich täglich Praxis gemacht hat, ist der Umstand, daß der Neunhundertag im Spenglergewerbe in Zürich bereits erhebliche Verbreitung hat. Am Abend des ersten Aktionstages, den 21. März, fanden sich 220 Mann in einer Versammlung ein, die nur 9 Stunden gearbeitet hatten. 55 davon hatten bereits seit längerer Zeit den Neunhundertag und 165 hatten einfach um 5 1/2 Uhr Feierabend gemacht. Etwa 40 Kollegen hatten sich nicht eingefunden, so daß über ihre Haltung der Bericht fehlt. Die „Christen“ erklärten, sie seien mit dem Vorgehen nicht einverstanden und werden nur gezwungen mitmachen.

Mechaniker.

Kassel. Die Optischen Werke von R. Schütz & Co. haben schon wiederholt Anlaß zu Klagen für die Arbeiter gegeben. Der Betrieb war früher in bezug auf Verdienst einer der besten in Kassel. Die Wirtschaftskrise und die rückständige Ausnutzung der durch sie geschaffenen Situation seitens der Firma gegen die Arbeiter hat die noch vor zwei Jahren guten Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehrt. Wir haben früher schon einmal darauf verwiesen, daß der Meister Kohler durch Arbeitssteigerung die Arbeiter gegen die reduzierten Verdienste. Die geringe Zahl Organistierter in dem Betrieb vermochte nicht erfolgreichen Widerstand zu leisten. Seit Jahresfrist ist das ehemalige Verbandsmitglied Brede als weiterer Meister angestellt. Wenn schon berechnete Klagen in Menge über Kohler vorlagen, so reißten sie, seitdem Brede Meister ist, gar nicht mehr ab. An Stelle der älteren, eingearbeiteten Mechaniker werden ganz junge Leute eingestellt, die bei den von Brede festgesetzten, Vorkordpreisen kaum das Salz zum Brot verdienen. Ist es doch vorzuziehen, daß ein Arbeiter zweimal mit noch nicht 2 M. (zwei Mark) pro

Woche nach Hause geschickt wurde. Trotz dieser Verhältnisse kann sich die Firma rühmen, eine Menge herrlicher Arbeitsangebote auch von auswärtig zu besitzen! Nur Untertanis der Verhältnisse kann jemanden überzeugen, bei Schütz & Co. um Arbeit anzufragen. Daher sollte jeder Kollege immer erst bei der Ortsverwaltung Erläuterungen einholen. — Die Firma K. & M. Dahn N. O. hat seit Jahresfrist ihren Betrieb nach Jhringshausen, einem Ort in der Nähe Kassel, verlegt. Seit 1. Oktober 1909 ist sie auch Alltagsgesellschaft, unter Beteiligung von L. Löwe, Berlin, Krupp, Olfen und anderer Finanzkräfte. Infolge der schlechten Verhältnisse ist dort ein außerordentlich harter Arbeiterkampf zu verzeichnen. Kein Wunder! Jeder wird mit 18 (achtzehn) M. pro Woche eingestellt, ob verheiratet oder nicht. Man muß erst sehen, was er leisten kann! Trotzdem laufen zahlreiche Offerten ein. Die Organisation ist noch jung im Betriebe, aber gerade hier eine außerordentliche Notwendigkeit. Die organisierten Kollegen sollten alles aufbieten, um auch den letzten noch fernstehenden hineinzu bringen, damit andere, für die Arbeiter bessere Zustände erzielt werden können.

Metallarbeiter.

Berlin. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am Sonntag den 20. März im großen Saale der Brauerei Königstadt ihre arbeitsliche Generalversammlung für das erste Quartal ab. Der Jahresbericht vom Jahre 1909, der den Mitgliebern mit dem Jahresbericht vom ersten Quartal 1910 eingehändig worden war, wurde von Kollegen C o h e n erläutert. Das Jahr war anfangs noch voll von der Krise beherstet, doch nahm die Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres für fast sämtliche Berufe ständig ab, so daß mit Schluß des Jahres gefagt werden konnte, daß der Höhepunkt der Krise überwunden war. Mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage mußten auch die Angriffsbewegungen besonders im ersten Teil des Jahres auf das allernotwendigste beschränkt werden. Ungeheure fanden im verfloffenen Jahre 15 mit 419 beteiligten Personen statt, dagegen 46 Abwehrkämpfe mit 2667 Beteiligten, jener 5 Lohnbewegungen, bei denen 3274 Kollegen in Frage kamen. Außerdem wurden noch 103 Differenzen mit 7115 beteiligten Kollegen erledigt, wobei es nicht zur Arbeitsniederlegung kam. Die Mehrzahl davon fiel in das letzte Drittel des Jahres. Der veränderten Wirtschaftslage entsprechend wurden 796 833,85 M. (gegenüber 922 129,60 M. im Jahre 1908) für Arbeitslosigkeit ausgegeben. Während zum Beispiel für die Baumanfänger im Jahre 1908 pro Mitglied 53,58 M. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt war, ging der Aufwand dafür im Jahre 1909 auf 36 M. herab, im letzten Teil des Jahres war gar kein Arbeitsloser dieser Branche vorhanden. Die Zahl der offiziell vermittelten Stellen im Arbeitsnachweis stieg von 4237 im Jahre 1908 auf 5734 im Jahre 1909. Besonders hob sich die Nachfrage nach Arbeitskräften in den letzten Monaten des Jahres. Auch das Jahr 1910 zeigt bis jetzt, daß wir uns auch weiterhin in aufsteigender Linie bewegen, da bis jetzt die Zahl der vermittelten Stellen die des ersten Quartals 1909 bereits um über 900 übersteigt. Nachdem der Redner das Resultat der Meister als ebenfalls von der Krise beeinflusst kurz geschildert, gab er bekannt, daß die Jugendabteilung, die bekanntlich außerhalb des Rahmens des Statuts erst im Herbst errichtet worden ist, am Jahreschluß bereits über 1000 Mitglieder zählte, so daß mit denen, die im Verband bereits den Beitrag zur Jugendkasse zahlten, circa 1600 bis 1700 junge Kollegen organisiert sind, die durch die unermüdliche Tätigkeit der Jugendschulkommission als auch der anderen älteren Kollegen zu zielbewussten Arbeitern und Kämpfern herangebildet werden sollen. Die Vertrauensleute sollten sich noch mehr als bisher für die jugendlichen Arbeiter interessieren, nicht etwa auf diese herabsehen, sondern ihnen stets hilfreich zur Seite stehen, damit sie, wenn sie angelehnt, auch wirklich als aufgeklärte Arbeiter den eigenen Klassengenossen gegenüber ihre volle Schußfähigkeit tun können. — Die vor einigen Monaten gebildete Kommission, die die Aufgabe hat, die Arbeiterinnen in der Metallindustrie für die Organisation zu gewinnen, hat ebenfalls gute Erfolge gehabt, die Zahl der weiblichen Verbandsmitglieder beträgt 4223 gegenüber 3546 des Vorjahres. Die Bibliothek ist ebenfalls wieder sehr reichlich in Anspruch genommen worden. Die Zahl der Bände, die in der Hauptbibliothek und in 9 Bezirksbibliotheken vorhanden sind, ist von 8710 auf 10 239 gestiegen, darunter 174 Bände für das am 17. Oktober eröffnete Jugendheim. Die Zahl der ausgeliehenen Bücher belief sich auf 48 882 gegenüber 60 451 im Jahre 1908. Diese geringere Zahl hat ihren Grund darin, daß infolge Renovierung und Verlegung der Bibliothek in das Parterre des Verbandshauses (hausliche Veränderung) diese nur 8 Monate im Jahre geöffnet war. Dies in Betracht gezogen, ergibt, daß das Lesebüchertum wiederum erfreulich gestiegen ist, und es zeigt auch eine vergleichende Statistik am Orte, daß die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Benutzung ihrer Bibliothek am ersten Stelle stehen. — Die Mitgliederzahl hat sich von 63 140 auf 64 081 erhöht, somit trotz der Krise eine Zunahme von 941 erfahren. Anstehend hieran ermählte Redner die Kollegen, darauf zu achten, daß durch Kessler der Beiträge nicht die Mitgliedschaft verloren geht. Die Verwaltung ist als ausführendes Organ des Statuts nicht in der Lage, jemanden die Mitgliedschaft zu erkalten, wenn er über 13 Wochen restiert, so unangenehm es oftmals ist, ältere Kollegen mit ihrem Gesuch auf Erhaltung der Mitgliedschaft abzuweisen. — Kollege G e n n i n g gab hierauf den Jahresbericht. Aus dem Jahresbericht, der bei der Hauptkassie mit 2 138 898,53 M. bilanziert, sei herabgegeben, daß außer der Summe für Arbeitslosigkeit von 796 833,85 M. noch an Unterstützung bei Krankheit 466 660,35 M., für Streiks 238 242,15 M. und für Maßregelungen 90 427,80 M. gezahlt worden ist. Der Abschluß für das vierte Quartal 1909 stellte sich wie folgt: Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse schloßen ab mit 441 326,86 M.; darunter an Ausgaben: Unterstützung beim Unglück 3051,25 M., bei Krankheit 88 487,50 M., Arbeitslosigkeit 104 457,15 M., Streiks 12 407,50 M., Maßregelungen 24 802,90 M., in besonderen Notfällen 1430 M. Der Restbetrag erforderte 9108,25 M. — Die Lokalasse bilanziert für den gleichen Zeitraum mit 1 034 241,63 M. und es beläuft sich der Kassendefizit am 31. Dezember 1909 auf 947 960,89 M. Nach Beantwortung einer Anfrage beantragte Kollege D r ä g e r namens der Redatoren die Entlastung für den Kassierer, die darauf von der Generalversammlung einstimmig erteilt wurde. Eine weitere Diskussion über den Jahresbericht fand nicht statt. Bei den darauf vorgeworbenen Wahlen wurden gewählt: zum I. Bevollmächtigten Kollege C o h e n gegen etwa 6 Stimmen, zum II. Kassierer Kollege B l u m e n t h a l einstimmig. Als Beisitzer wurden die Kollegen F r i e d r i c h und S t r i c k e r gewählt. Die Wahl der drei Redatoren wird in den Bezirken vor sich gehen, da die Generalversammlung mehr als zu Wählende als Kandidaten aufstellte. Es kandidieren hierzu die Kollegen Dräger, Gries, Prüfer und Vollmer. — Der Antrag der Verwaltung, die Posten der Bezirksleiter für die M. G. G., Werke Aker- und Volkstraße und auch für Oberhöndeweide definitiv durch feste Anstellung zu beschließen, wird von Kollegen G a n d l e begründet. Nachdem Kollege S c h a r f namens der Vertrauensleute von Oberhöndeweide, die infolge dort stattfindender Gewerbegelehrtenwahlen in der Verhandlung nicht anwesend sein konnten, beantragt hatte, diesen Antrag bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, wurde demgemäß beschloßen. Von Kollegen D a b l e r wurde ein Antrag eingebracht und begründet: „Eine Kommission zu wählen, die die einschlägige Literatur und Material sammeln und studieren soll, um die Idee des freien Samstagvormittags zu propagieren.“ Von G a n d l e wurde mitgeteilt, daß die mittlere Verwaltung, zu der Dabler ebenfalls zugezogen war, es einstimmig abgelehnt hat, den Antrag zu untersuchen, das heißt so weit es sich um eine besondere Kommission handelt. Auch von einigen anderen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß von der Organisation ständig für die Verkürzung der Arbeitszeit, besonders an den Sonntagen, gearbeitet wird. Bei fast allen Lohnbewegungen erhalten die auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten den Vortrag, auch beweisen doch wohl die zahlreichen Tarifverträge, die abgeschlossen sind, daß nach dieser Richtung hin immer agitiert und gearbeitet wird. Jeder Sympathisieret wohl mit der Idee, doch sei es unerfindlich, wie ein Kollege annehmen könnte, daß eine drei- oder



Antsprung — aber doch nicht minder einem Kampf, der großen Mut, große Umsicht und große Ausdauer erfordert, besonders bei den lebenden Parteien. Das Ziel und Bestreben bei den Verhandlungen ist ohne Zweifel eine der bedeutendsten Entscheidungen in der ganzen modernen Arbeiterbewegung. Bisher hat sich es, als ob die Verhandlungen vergeblich bleiben sollten. Es handelte sich um kollektive Arbeitsverträge in 52 Städten. Davon waren am Ende des Februar erst 17 erledigt. Ueber einige andere Orte war eine Einigung ziemlich nahe, doch war es nicht möglich gewesen, über wichtige Punkte eine Einigung zu erzielen, so daß den Vertretern dieser Orte nichts anderes übrig blieb, als abzubrechen. Die Holzarbeiter hatten also nach wie vor Ursache, sich kampfbereit zu halten. In der Woche vom 10. bis zum 18. April fanden weitere Verhandlungen statt, die in der Hauptsache zu Ergebnissen führten, denen die Vertreter beider Parteien zustimmen konnten. In Nr. 13 der Holzarbeiter-Zeitung wird das Ergebnis der Tarifbewegung bekannt gemacht. Es sind neben den Arbeitszeitverkürzungen auch ganz nennenswerte Lohnerhöhungen (bis zu 6 %) erreicht worden. Allerdings treten diese nicht in vollem Umfang in Kraft, sondern zum Teil erst 1913. Ferner beziehen sich die Vereinbarungen auf Arbeiten außerhalb der Werkstatt, partielle Schlichtungskommissionen zc. Die Holzarbeiter-Zeitung (Nr. 13) bemerkt dazu:

„Frage man sich, was die Bewegung gebracht hat, so darf man sagen, daß wir mit dem Resultat vollaus zufrieden sein können. Wir haben in den meisten Städten Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt, die 1 bis 3 Stunden pro Woche betragen und daneben in allen Orten Lohnerhöhungen, die zwischen 3 und 6 % pro Stunde schwanken. Alle Verschlechterungen, die uns von den Unternehmern angekommen waren, sind zurückgewiesen. Allerdings sind nicht alle Wünsche unserer Kollegen erfüllt worden; viele Kollegen werden größere Erfolge erwartet haben. Man kann den Unzufriedenen nicht ohne weiteres Unrecht geben. Wenn man die zwischen den Vorständen vereinbarten Regeln für die Klasseneinteilung der Orte hinsichtlich der Arbeitszeit in Betracht zieht, dann hätte sich für den einen oder den anderen Ort eine weitere Verkürzung wohl rechtfertigen lassen, und auch die zugehenden Lohnerhöhungen bringen in manchen Fällen nur einen knappen Ausgleich für die in den letzten Jahren eingetretene Verteuerung der Lebensbedürfnisse. Der Wunsch, mehr erreicht zu sehen, ist deshalb wohl verständlich. Aber das Ergebnis der Verhandlungen hängt nicht nur von den Wünschen der Kollegen und dem guten Willen der Unterhändler ab; auch der Vertragskontrahent hat dabei ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Unser Kontrahent, der Arbeitgeberverband, hätte am liebsten gar keine Zugeständnisse gemacht. In manchen Orten wurden unseren Kollegen direkte Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen angekommen, und die gewohnte nicht übertriebenen Forderungen unserer Kollegen haben auf die Vertreter des Schutzverbandes eine so aufreizende Wirkung ausgeübt, daß sie offen mit der Aussperrung drohten, um uns einzuschüchtern... Die Unternehmer waren also durchaus nicht bewilligungslustig. Und ihrem Hindernis auf die Münden, welche die Krise und die allgemeine Teuerung auch ihnen geflohen, war die Berechtigung nicht ohne weiteres abzuspüren, wenn auch ein sehr großer Teil der Arbeitgeber als Anhänger der Parteien, denen wir die Teuerung der Lebensbedürfnisse zu danken haben, an dieser nicht ganz unschuldig ist. Sieht man alle diese Momente in Betracht, dann können wir mit voller Befriedigung auf das Resultat der langwierigen Verhandlungen zurückblicken. Wir haben an Zugeständnissen erreicht, was unter den obwaltenden Umständen zu erreichen war.“

(Weiträgerhöhung.) Das Ergebnis der Tarifbewegung ist ohne Zweifel zu einem großen Teile den ernsthaften Kampfesrisikungen zu verdanken, die der Holzarbeiterverband in der letzten Zeit betrieben hat. Vom 1. Januar bis zum 1. Februar haben die Zahlstellen einen Extrabeitrag an die Hauptkasse geleistet, indem sie den Wochenbeitrag von 50 % umgeschickt an die Hauptkasse abführten. Vom 1. Februar an betrug der Beitrag jedes Mitgliedes an die Hauptkasse wöchentlich 60 %. Um den Ausfall in den Sozialkassen zu decken, stand es den Zahlstellen frei, entsprechende Sozialzuschläge zu erheben. Vom 1. April an beträgt der Anteil der Hauptkasse an jedem Wochenbeitrag wieder 50 %. Der Vorstand hat aber den Mitgliedern den Vorbehalt zu Urabstimung unterbreitet, den regelmäßigen Beitrag auf 60 % zu erhöhen, wovon 50 % in die Hauptkasse fließen sollen. Durch die Urabstimmung soll zugleich dem bevorstehenden Verbandstag ein Teil der Arbeit und der Verantwortung abgenommen werden und die bei dieser Gelegenheit zutage tretende Meinung der Mitglieder wird ohne Zweifel als Richtschnur für manchen anderen Beschluß dienen. Auch wird die wichtige Bedeutung für die Frage der Staffelleistungen haben, die gegenwärtig auch bei den Holzarbeitern eine Rolle spielt. Der Vorstand hat sich in einer Denkschrift gegen die Einführung von Staffelleistungen ausgesprochen. Auch herrscht in Verband und Uebervereinbarung darüber, daß bei Staffelleistungen nicht unter das gegenwärtige Niveau der Beiträge hinuntergegangen werden darf. Erklärt sich nun die Mehrzahl der Mitglieder gegen die Beiträgerhöhung, so ist den Staffelleistungen damit zugleich das Urteil gesprochen. Stimmt dagegen die Mitgliedschaft der Beiträgerhöhung zu, so ist die Frage der Staffelleistungen noch weiter zu prüfen. Ohne Frage hat der Vorstand die Zeit für die Entscheidung dieser Fragen sehr günstig gewählt, denn von ihr wird die Zukunft des Holzarbeiterverbandes in den nächsten Jahren wesentlich abhängen. Außer der soeben nahezu abgeschlossenen Tarifbewegung wird der Verband noch eine Anzahl anderer Lohnbewegungen zu führen haben und auch für die folgenden Jahre stehen an vielen Orten neue Tarifbewegungen bevor. Die vom Vorstand so lebhafte angelegte Stärkung der Kriegskasse zeugt also von Lebensmutter Fürsorglichkeit.

Steindruckgewerbe. In Nr. 9 (Seite 71) haben wir über eine oerungslücke Ausperrungsaktion der Schafmacher im Steindruckgewerbe berichtet, die durch das einmütige Zusammenstehen der beteiligten Arbeiter jedoch ein für die Schafmacher sehr unerwünschtes Ende fand. Als damals diese Ausperrung vom Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer angekündigt wurde, hielt der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe in Halle eine Konferenz von Vertretern aller größeren Städte ab, die beschloß, die vom Arbeitgeberverband herausgegebenen Judikations-Arbeitsordnung unter keinen Umständen anzunehmen, sondern die angebotene Ausperrung heranzukommen zu lassen. In diesem Falle sollten sofort ähnlich hohe Extratreueren wie bei der großen Ausperrung im Jahre 1906 ausgeschrieben werden. Demals wurden je nach den Löhnen wöchentlich 1, 2, 3 und mehr Mark erhoben, vielfach 10 Prozent des Lohnes. Diese hohen Extratreueren sind nun vorläufig nicht nötig geworden. — Weiter aber hatte sich die erwähnte Gehilfenkonferenz auch mit der Gründung eines Kampfabendvereins beschäftigt, um gegen die fortgesetzten schafmacherischen Drohungen der Unternehmer mit Ausperrung finanziell gesichert zu sein. Die Konferenz nahm einen Antrag an, wonach, falls es nicht zur Ausperrung kommt, ein Jahr lang eine kleine wöchentliche Extratreueren erhoben werden soll. Hauptvorstand und Ausschuss des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, denen dieser Antrag zur Durchführung übertragen wurde, schreiben nunmehr folgende Extratreueren aus: Von jedem Mitglied ist ein Extratreuerenbeitrag von 10,40 M. zu erheben. Dieser soll in der Zeit vom 1. April 1910 bis zum 1. April 1911 bezahlt werden; er kann auf einmal, in mehreren Raten oder wöchentlich mit 20 % bezahlt werden. Ueber die Art der Erhebung, ob in wöchentlichen Zuschlägen zum Wochenbeitrag oder in besonderen Beiträgen, entscheiden die einzelnen Zahlstellen für sich selbstständig, nur muß von jedem Mitglied am 1. April 1911 der erwähnte Betrag von 10,40 M. bezahlt sein. Bei der jetzigen Zahl der Verbandsmittelglieder wird so ein Grundfonds von rund 200 000 M. geschaffen, der nur bei größeren Kampfen zur Unterstützung der kämpfenden Kollegen Verwendbar sein soll. Damit hat der Vorstand nicht nur dem erwähnten Kontrahenten, sondern einer schon vorher wiederholt aus Gehilfenkreisen gekommenen Anregung entsprochen, obgleich der Beitrag ohnehin schon recht hoch ist (1,30 M. wöchentlich, in manchen Städten

sogar 1,50 M. und mehr). Es wäre verheerenden Gewerkschaften nicht schaden, wenn sie diesem Beispiel folgten, denn ohne Zweifel wird es in den nächsten Jahren noch manchen heißen Kampf geben.

**Internationaler Sozialistischer Kongress.**

Wie wir einem Bericht über einen Parteitag der oberen Rheinprovinz (enthalten in der Rheinischen Zeitung vom 30. März) entnehmen, soll der Kongress aus Deutschland mit 50 hundert Delegierten der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften besucht werden. Wir wissen nicht, ob diese Angabe richtig ist, da uns bis jetzt noch keinerlei offizielle Bekanntmachung darüber zu Gesicht gekommen ist. Immerhin ist es möglich, daß die genannte Zahl zutrifft. Wenn dies der Fall ist, so hätte der Deutsche Metallarbeiter-Verband zu den acht ursprünglich in Aussicht genommenen Vertretern noch eine Anzahl hinzuzuwählen.

**Verwaltungskosten und Leistungen.**

Scharfmacher nebst deren gelben Helfershelfern und andere Feinde der Arbeiterbewegung müssen gar nicht genö von den angelegten hohen Verwaltungskosten der Gewerkschaften zu schreien. Dabei wäre es aber besser, wenn sie sich etwas genauer um die Verwaltungskosten anderer Körperschaften bekümmern würden, besonders solcher, deren Geschäftsergebnisse der Öffentlichkeit nicht so zugänglich sind wie die Kassenberichte der Gewerkschaften. Da ist uns ein interessantes Blatt auf den Tisch geflogen. Es enthält die Geschäftsergebnisse der Gothaer Feuerversicherungsanstalt auf Gegenleistung in den Jahren 1921 bis 1909. Es hat natürlich keinen Zweck, alle auf diesem Blatte enthaltenen Zahlenreihen hier abzuzeichnen. Wir wollen hier nur einiges aus den Jahren 1900 bis 1909 anführen, also aus der Zeit, wo dieses Institut ohne Zweifel mit den allermodernsten Einrichtungen arbeitet. Wir finden da:

Jahr	Beseigte Schäden u. Kosten, abzüglich des Anteils der Rückversicherer		Agenturprovisionen u. Verwaltungskosten		Jahr	Beseigte Schäden u. Kosten, abzüglich des Anteils der Rückversicherer		Agenturprovisionen u. Verwaltungskosten	
	M.	in %	M.	in %		M.	in %	M.	in %
1900	2735968		2080392		1905	2480698		2406254	
1901	2397282		1225950		1906	2428195		2450806	
1902	2011169		2261007		1907	3050650		2578207	
1903	2448122		2324919		1908	2984959		2689054	
1904	2907929		2360536		1909	2848908		2776186	

Mit diesen Zahlen vergleiche man, was die Gewerkschaften an Verwaltungskosten (selbstverständlich auch diese in weitestem Sinne genommen) ausgeben. Obgleich wir der Meinung sind, daß sämtliche Gewerkschaftsleistungen unausgesehrt darauf zu fassen haben, die Verwaltungskosten so niedrig zu halten, wie es sich mit einem glatten Geschäftsgang vereinbaren läßt, so meinen wir doch auch, daß die Verwaltungskosten der Gewerkschaften den Vergleich mit den oben angeführten Zahlen sehr wohl aushalten können. Wer an den Verwaltungskosten der Gewerkschaften herummörgelt, sollte sich lieber vorher über die Verwaltungskosten anderer Körperschaften informieren.

**„Gewerkschaftssteuer.“**

Von den Scharfmacherpublikationen hat neuerdings der Jahresbericht des sogenannten Arbeitgeberverbandes Unterelbe etwas mehr Aufmerksamkeit erregt, als bei solchen Nachrichten gewöhnlich der Fall ist. Auch die „Arbeitgeber-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 13 einiges daraus. Zusammenfassend des Berichtes besteht auch eine Gesellschaft zur Entscheidung bei Arbeitsverhältnissen. Diese hat einen besonderen Geschäftsbericht erstattet mit Angaben über die bei den Mitgliedern der Gesellschaft beschäftigten Arbeiter und der versicherten durchschnittlichen Lohnsumme. Danach werden ferner die durchschnittlichen Jahreslöhne der Arbeiter in den verschiedenen Branchen berechnet und nun macht der Berichtsteller einen „lehrreichen Vergleich“ der Löhne zu den Gewerkschaftsbeiträgen, wie diese in den Kassenberichten der Gewerkschaften angegeben werden. Greifen wir einiges aus diesem „lehrreichen Vergleich“ heraus. Danach beträgt der jährliche Beitrag zu seiner Gewerkschaft bei einem Holzarbeiter 4,75 Prozent des Jahresdurchschnittslohnes, bei einem Metallarbeiter in der Maschinenindustrie 3,22, bei einem Metallarbeiter in der Metallverarbeitung 2,82 u. i. w. Im Anschluß an diesen „lehrreichen Vergleich“ wird natürlich wieder eine satte Schließelstimmung gemacht. Es heißt da in dem Bericht der „Arbeitgeber-Zeitung“:

„Diese Beiträge schwanken in den von der oben bezeichneten Statistik erfaßten Branchen zwischen 1,20 und 4,75 Prozent! — Wohlgemerkt: 1,20 bis 4,75 Prozent der Durchschnittslöhne — mithin würden jene Gewerkschaftsbeiträge für diejenigen Arbeiter, welche den Durchschnittslohn nicht erreichen, noch jähärfer, als diese Prozentzahlen belagen, und verletzen also das Gleichheitsprinzip um so schwerer gerade zuungunsten und auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren!“

Nach unserer Meinung ist die „Lehrreichtigkeit“ damit aber noch nicht zu Ende. Wir finden noch mehr Lehrreiches in den Angaben der „Arbeitgeber-Zeitung“, die wir ja benutzen müssen, weil der Originalbericht uns nicht zur Verfügung steht. Danach beträgt die durchschnittliche Lohnsumme im Jahr bei Holzarbeitern 1097,75 M., bei Metallarbeitern in der Maschinenindustrie 1950 M., bei Metallarbeitern in der Metallverarbeitung 151,50 M. Nun sollte man doch eigentlich denken, daß der Berichtsteller sich ein wenig schämt, bei der gegenwärtigen Lebensmittelpreierung, der immer steigenden Belastung des arbeitenden Volkes durch indirekte Steuern so niedrige Summen als Durchschnittslöhne anzugeben. Allerdings ist noch eine Anzahl anderer Branchen angegeben, bei denen die Durchschnittslöhne höher sind, doch auch bei diesen entsprechen sie keineswegs dem, was ein Arbeiter bei den heutigen Verhältnissen eigentlich verdienen müßte. Dagegen sind noch ein paar Branchen aufgeführt (Gastwirtschaften, Bäcker und Fleischer), deren Löhne noch nicht einmal die angegebenen Summen erreichen. Wer schon Lohnstatistiken bearbeitet hat, weiß, daß man aus den Angaben der Durchschnittslöhne nur sehr unbestimmte Schlüsse auf die Lohnverhältnisse der betreffenden Branchen ziehen kann. Wo die Unterelbe in den einzelnen Lohnsummen sehr groß sind (was ja auch in der Metallindustrie der Fall ist), da kann es vorkommen, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl hochentlohnter Arbeiter den Durchschnittslohn so beeinflußt, daß er einigermaßen künstlich ausfällt, während die Mehrzahl der von der Statistik erfaßten Arbeiter den Durchschnittslohn weit unter nicht erreicht. Damit ist die Reihe der Möglichkeiten noch keineswegs erschöpft.

Auf jeden Fall betreffen aber die angegebenen Zahlen aus dem Bericht der Streikversicherungs-Gesellschaft, daß eine nicht geringe Zahl der von ihren Mitgliedern beschäftigten Arbeiter völlig unzureichende Löhne verdient. Das werden die betroffenen Arbeiter ohne Zweifel selber am deutlichsten fühlen. Daß die Organisationsbestrebungen und daher auch die „Gewerkschaftssteuer“, die von den Arbeitern wahrhaftig nicht zum vollen Vergnügen bezahlt werden, sondern in der Voraussetzung, daß ihnen das an die Gewerkschaften gezahlte Geld in Form von Lohn erhöhungen zc. zurückfließt wieder einwinkt. Die Arbeiter haben lange genug versucht, dies mit niedrigen Gewerkschaftsbeiträgen zu erreichen und schließlich die unangenehmen Erfahrungen, die bei dieser Gelegenheit gemacht wurden, führten zu den weitgehenden Beitragsersparungen keine Branche, kein Beruf hat sich diesen Enttäuerungen entgegenstemmen können. Das begreift jeder, der die Arbeiterbewegung mit offenen Augen ansieht. Nur ein eingeleiteter Scharfmacher kann oder will dies nicht.

**Versteuerung der Gewerkschaftsunterstützungen.**

Vom Dresdener Arbeiterssekretariat wird mitteilt: Wiederholt haben die Steuerbehörden in Sachsen es versucht, die Gewerkschaften wie auch die Gewerkschaftskassen zur Versteuerung ihrer Einnahmen heranzuziehen. Erst im Jahre 1908 erhielt eine Anzahl Kartelle und Gewerkschaften die Aufforderung,

sich zur Einverleibung einzulassen. Unter eingehender Begründung haben alle in Betracht kommenden Kartelle und Gewerkschaften die Aufforderung abgelehnt und darauf hingewiesen, daß die Kartelle keine Vermögen darstellten und außerdem nicht den üblichen Verwaltungskosten, sondern den Zentralverwaltungskosten der Gewerkschaften haben jederzeit nicht auf diese Einnahmen einzuwirken, auch keine Zahlungsaufforderung erlassen. Es war nunmehr ein neuer Streitfall entstanden, nämlich der, ob die Mitglieder der Gewerkschaften die etwa bezogenen Steuern, Arbeitslosen- und sonstigen Unterstützungen ihrem steuerpflichtigen Einkommen hinzurechnen müssen. In einer Eingabe des Kaiserverbandes, Zahlstelle Dresden, wurde das sächsische Finanzministerium im Jahre 1907 ersucht, Auskunft zu geben, worauf die Antwort einlief, daß die Unterstützungen nicht steuerpflichtig seien, da den Empfängern ein klares Anrecht auf diese Unterstützungen nicht zustehe. Weiter wurde in der ministeriellen Auskunft erwähnt, daß demzufolge auch die Beiträge an die Gewerkschaften nicht vom Einkommen abgezogen werden könnten. Dieser Standpunkt der Regierung entspricht der einfachen Rechtslage. Trotzdem ging im vergangenen Jahre eine Anzahl Steuerbehörden dazu über, die aus den Gewerkschaften bezogenen Unterstützungen dem Einkommen hinzuzurechnen.

Die oberen Steuerbehörden ließen sich nicht befehlen und bestanden auf Versteuerung der Unterstützungen, indem sie besonders ausführlich, es würde die guten Sitten verletzen, wenn die Mitglieder Beiträge zahlen, aber gegebenenfalls keine Unterstützung erhalten. Diese Auffassung der Steuerbehörden war schon von dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts als falsch bezeichnet worden. In dieser Unterstufungssteuerungsfrage die Auffassung der Steuerbehörden korrigieren würde, erhoben wie gegen die Entscheidungen des Reichsmittel des Reiches an das Oberverwaltungsgericht. Nach der uns vorliegenden Entscheidung, die gleichlautend ist mit einer Anzahl Urteile, die in gleicher Zeit gefällt sind, hat das Oberverwaltungsgericht nun den Steuerbehörden recht gegeben. Um aber die Eigenartigkeit des Urteils noch zu erhöhen, hat man gleichzeitig sich dahin geäußert, daß die Beiträge, die an die Gewerkschaften abgeführt werden, vom steuerpflichtigen Einkommen nicht abgezogen werden dürfen. So falsch auch unseres Erachtens dieses Urteil ist, es ist endgültig und müssen sich vorläufig die Gewerkschaften hiermit abzufinden versuchen. Wir lassen den Hauptinhalt des Urteils folgen:

1. ... Kläger hat im Jahre 1907 bei drei Firmen gearbeitet und 650 M. verdient. Vom 6. April bis zum 23. September ist er infolge Streiks arbeitslos geworden und während dieser Zeit vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, dessen Mitglied er ist, mit 354,70 M. Streikunterstützung bedacht worden. ... Da nun die Streikunterstützung unfreiwillig einerseits zu den im Geld oder Geldestwert bestehenden Einnahmen gehört, andererseits nicht zu der Vermehrung des Stammvermögens zählt, so dürfte sie von der Besteuerung nur dann ausgenommen werden, wenn besondere Gründe dieses rechtfertigen. Daran aber gebricht es. ... Wenn die Klage von der Auffassung ausgeht, daß nur solche Einnahmen steuerpflichtig sind, auf die der Empfänger einen vor öffentlichen Behörden geltend zu machenden Anspruch (Rechtsanspruch) besitzt, so besteht ein solcher Grundbesitz zwar für gewisse Einnahmegruppen, so für Zinsen und sonstige im Staatssteuerrecht aufgeführten „Gerechtfame“. Aber es gilt keineswegs allgemein. ... So ist die Frage, ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahme besteht, als steuerpflichtig unerschöpflich bezeichnet worden für die sogenannten Inventarbesitzer und Erbschaften. ... Einen Anhalt für abweichende Beurteilung der Streikunterstützung bietet das Staatssteuerrecht nicht. Es darf daher unerwidert bleiben, ob der Kläger auf sie einen Rechtsanspruch besitzt, und es genügt, daß die Quelle der Streikunterstützung, die Mitgliedschaft beim Verband, zur Zeit der Einschätzung noch bestanden hat. Es muß daher die dem Kläger zustehende Streikunterstützung als steuerpflichtig angesehen werden.

2. Die Steuerpflichtigkeit der Einnahmen, die ein Mitglied aus seinem Arbeitgeberverband bezieht, ergibt sich in dem, wie gegenüber dem am Schlusse der Klage geltend gemachten Einwand herabzusetzen ist, nicht ohne weiteres die Abzugsfähigkeit der an den Verband geleisteten Beiträge. Sollen diese Beiträge aus dem Gesichtspunkt der sogenannten Werbungskosten (§ 15 des Staatseinkommensteuergesetzes) abgerechnet werden können, so müssen sie mit dem Verband empfangenen Unterstützungen derart im Zusammenhang stehen, daß sie Ausgaben zu ihrer Erlangung, Sicherung oder Erhaltung darstellen. Im vorliegenden Falle bezweckt der Verband — und diesem Zwecke dienen auch die Mitgliedsbeiträge —, die Ehre sowie die materielle und geistige Interessen der Mitglieder nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung zu wahren und zu fördern.“

Es wird nun zweifellos Aufgabe unserer Vertreter im sächsischen Landtag sein, eine Erklärung der Regierung über diese Sachlage herbeizuführen, eventuell eine Aenderung des Steuergesetzes zu erlangen, da ja die Auswirkungen des Urteils im Gegensatz zu den Erklärungen der Regierung stehen. Da wir aber wissen, daß eine Erledigung dieser eigenartigen Sachlage durch die Regierung sobald nicht zu erwarten ist, werden die Gewerkschaften mit der Notwendigkeit rechnen müssen, zum mindesten etwa durch einen Nachtrag zum Reglement zum Statut festzusetzen, wieviel Prozent der Beiträge für die einzelnen Unterstützungen in Betracht kommen. Der durch das Urteil geschaffene Standpunkt muß für die Gewerkschaften in Sachen als unhaltbar bezeichnet werden und müssen dementsprechend die Zentralverbände einen Weg finden, um doch wenigstens die Möglichkeit zu geben, die Beiträge, welche für die Unterstützungen geleistet werden, in Abzug bringen zu können. In einzelnen Fällen kann diese Frage von großer Bedeutung werden, indem unter Abrechnung dieser Beiträge oft eine niedrigere Steuerklasse in Betracht kommen kann.

**Gewerbegerichtliches.**

**Gewerbegericht und Metallfirma Adam Opel in Rüsselsheim.** Die Rechtsprechung an den Gewerbegerichten gibt auch oft Anlaß zu berechtigten Zweifeln an der Richtigkeit der gefällten Urteile oder an den zuzunehmenden Vergleichen. Sonderbare Ergebnisse zeitigt auch die Praxis der Gewerbegerichtskammer zu Rüsselsheim a. M. Die Firma Adam Opel ist dort recht gut bekannt. Bei der Firma hagelt es geradezu Strafen. Mes Stills für Werkzeuge wird auf die Arbeiter abgeladen. Der Herr Oberingenieur Wenske ist ein Meister auf diesem Gebiet. Klammationen gegen verhängte Strafen oder gegen Abzüge wegen zerbrochenen Werkzeugen haben in den seltensten Fällen Erfolg, aber auch nur dann, wenn der Betroffene Saare auf den Fingern hat und zu einer Arbeiterkategorie gehört, die im Betrieb sehr notwendig gebraucht wird. In allen anderen Fällen wird zu Schäden gekommenes Werkzeug vom Lohn in Abzug gebracht. Ein typischer Fall passierte kürzlich. Dem Arbeiter L. brach ein Bohrer ab, worfür ihm 5,40 M. abgezogen wurden. Der Arbeiter wehrte sich dagegen, doch es nützte ihm nichts. Der Arbeiter erhob darauf Klage am Gewerbegericht. Da der Arbeiter sehr unerschrocken war, kam folgender Vergleich zustande: „Der Kläger nimmt die von ihm erhobene Klage zurück. Die beklagte Firma verzichtet auf alle weiteren von ihr geltend gemachten Schadenerschaftsprüfung.“ Herr Oberingenieur Wenske als Vertreter der Firma hatte nämlich sein säuberlich eine Gegenforderung konstruiert. Der Arbeiter hätte noch weitere Werkzeuge und Material bedürfen. Es ist aber doch doppelt sonderbar, daß der Arbeiter vom Wertmeister bei seiner Prüfung angehalten wurde, im Betrieb zu verbleiben, jedenfalls aber ist das ein Beweis, daß er an den Maschinen zu brauchen war. Dem Oberingenieur Wenske, der die nötige Gewandtheit besitzt, ist es natürlich eine leichte, eine Gegenforderung zu konstruieren, und durch seine Gewandtheit imponierte er dem Gericht. Wie ist aber die Rechtslage in dem vorliegenden Falle? Eine Verfügung über den Lohn ist nach Artikel 4 des Lohnbeschlagnahmengesetzes nur für den Betrag zulässig, der nach dem Jahresarbeitsverdienst 1500 M. übersteigt. Diese Voraussetzung traf bei L. nicht zu, denn er verdient keine

1800 M. Sein Stundenlohn betrug nur 24 M. Aus diesem Grunde war schon die Zurückzahlung der 6,40 M. ein Vergehen der Firma. Der § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches legt der Firma auch nicht zur Last, da ein solcher Rückgang nach bereits gefällten Urteilen einer Umgehung des Aufrechnungsverbots nach den Bestimmungen des Lohnschlagsgesetzes gleichkommt. Sicher hätte im vorliegenden Falle das Gewerbegericht in Anbetracht der Verhältnisse der Firma gelassen müssen, aber infolge der von Wenzel in Aussicht gestellten Schadenersatzlage am ordentlichen Gericht in Höhe von 43 M., mit welcher Klage dem Arbeiter gedroht wurde, ließ sich dieser zu dem Vergleich bereitstellen. In der Art und Weise mit einem Kläger einzuwirken, wie es der Vertreter der Firma Opel am Gewerbegericht getan, sollte nicht zugelassen werden. Wenn die Firma nachher am ordentlichen Gericht klagen will, müge sie es tun. Aber die Androhung der Klage als Kesseltrommel vor den Schranken des Gewerbegerichts betrachten wir als unstatthaft. Den Gewerbegerichtsbehörden sei an dieser Stelle gesagt, daß sie ebenso Richter sind wie der Vorsitzende, sie haben ebenso das Recht, Fragen zu stellen wie dieser. Am Gewerbegericht in Düsseldorf ist dies aber ein wunder Punkt. Dieser beschriebene Fall liegt nun noch verhältnismäßig harmlos. Es sind schon ganz andere Dinge bei Opel vorgekommen, man erfährt die Uebergriffe auf die Rechte des Arbeiters selber immer erst sehr spät, oder nur halb, oder zum Teil unrichtig oder gar nicht. Es gibt Werkmeister bei Opel, denen es zur zweiten Natur geworden ist, den Arbeitern am Lohn und Verdienst zu zucken, wo es nur geht. Das Kronenmerkmal Opel ist sehr vielen Fällen davon nichts erfährt, geben wir gerne zu, doch wenn allen Versicherungen über vorkommende Uebergriffe und bestehende Mißstände nicht geglaubt wird, dann müssen eben zur Abstellung der Mißstände in Zukunft andere Mittel zur Anwendung kommen.

**Arbeiterversicherung.**

Fortsetzung der Kassenmitgliederschaft bei Streik. Wir weisen die Versicherten immer und immer wieder darauf hin, daß sie ihre freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse fortsetzen sollen, wenn sie aus der Arbeit austreten und nicht sofort neue Arbeitsgelegenheit gefunden haben. Ersturschermesse wird diese Parole jetzt bei jedem Lohnkampf der Versicherten, der mit Streik oder Aussperrung verbunden ist, auch ausgegeben und die Streikenden melden diese Abstufung den betreffenden Krankenkassen an. Es liegt auch im Interesse der Krankenkassen, wenn nicht jeder einzelne sich selbst anmeldet, sondern einfach eine Liste derselben eingereicht wird. Sehr interessant ist daher nachstehende Entscheidung: Bei der Firma Günstler & Kleinmann zu Ködelheim traten im Vorjahre 82 Metallarbeiter in den Ausstand ein. Der Leiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde von der Versammlung der Streikenden erucht, die Mitgliedschaft der Streikenden bei der Ortskrankenkasse Ködelheim freiwillig fortzusetzen, damit den Streikenden im Krankheitsfalle höhere Ansprüche gewahrt würden. Der Beauftragte W. erledigte sich dieses Auftrages, indem er eine Liste der streikenden Metallarbeiter der Krankenkasse einreichte. Die Anmeldung war in der vorgeschriebenen Frist von einer Woche erfolgt und der zur Entgegennahme berechtigten Meldung wurde die Mitgliedschaft der Krankenkasse dem W. persönlich bekannt war, nach der Anmeldung auch anstandslos entgegen. Alle angemeldeten Arbeiter zahlten denn auch später ihre Kassenbeiträge, nur der Schieferer J. W. weigerte sich, da er selbst keine Mitgliedschaft nicht fortgesetzt und auch keinen Dritten hierzu Auftrag erteilt habe. Ja, der organisierte Arbeiter erhob noch Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, dem Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M., und erklärte diesem auch, daß der Streikführer gar keinen Auftrag gehabt habe, für die Streikenden die Kassenmitgliederschaft freiwillig fortzusetzen und diese Meldung der Krankenkasse mitzugeben. Wenn eine Beschlusfassung über diese Frage in einer Versammlung wirklich stattgefunden habe, so hätte diese nur Gültigkeit, wenn jeder einzelne schriftlich seine Zustimmung erteilt hätte.

Die Polizeibehörde wußte deshalb eine Reihe Zeugen nehmen, die der fraglichen Versammlung beigewohnt hatten. Einzelne Zeugen erklärten nun, daß der Beschwerdeführer die Sachlage richtig angegeben habe. Die Mehrzahl der Zeugen gab zu Protokoll, daß der Vorsitzende der Versammlung damals ausdrücklich diese für alle Arbeiter so wichtige Frage angegriffen und sich bereit erklärt habe, die Anmeldung zu bejahen. Der Vorsitzende des Vorstehenden erfolgte daher lediglich im Interesse der Streikenden, und auf die Frage, ob die Versammlung mit diesem Vorschlag einverstanden sei, war kein Widerspruch erhoben worden, weshalb der Vorschlag nach dem beim Verband geltenden und üblichen Gesetzmäßigkeiten als stillschweigend angenommen und zum Beschluß erhoben galt.

Die Aufsichtsbehörde fällt nun folgende Entscheidung: Die Beschlusfassung des Schieferers W. zu Ködelheim ist unbegründet. Denn wenn auch in § 27 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes bestimmte Vorschriften darüber nicht enthalten sind, in welcher Weise die Anmeldung zur freiwilligen Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses zu erfolgen hat und daher eine bloße formale Angelegenheit, durch welche jedoch die Pflicht, sich die Beiträge des § 27 Abs. 1 in zweifelsfrei iger Weise zu erhalten, zum Ausdruck kommt, als genügend angesehen werden kann (vergl. Hoffmann, Anmerkungen zu § 27 Abs. 1, so ist doch bei der Anmeldung durch einen Dritten immerhin dessen Ermächtigung durch die anmeldende Person als erforderlich zu bezeichnen. Daß W. aber als zur Anmeldung ermächtigt zu gelten habe, ist bereits früher ausgesprochen worden. Eine schriftliche oder ausdrückliche Ermächtigung bedurfte weder der Beschlusfassung noch der Zustimmung der Vorsitzenden W. und des Verbandsmitgliedes D. W. hielten mindestens als stillschweigend ermächtigt zu gelten (zu vergl. § 167 Abs. 2 S. 2.). Gegen Wenzel und Glombach (§ 167 Abs. 2 S. 2.) würde es auch verfohlen, wenn diejenigen Mitglieder, welche seinerzeit keinen Widerspruch gegen den Vorschlag des Leiters der Verbandversammlung kundgaben, nachträglich geltend machen wollten, sie hätten nicht ausdrücklich zugestimmt."

Die Fortsetzung der Mitgliedschaft sei auch in zweifelsfrei Weise im Auge gefaßt worden, da die Krankenkassenverwaltung die Meldungen unbeanstandet entgegengenommen und nicht erst einen Nachweis von dem Beauftragten verlangt habe, was sie an sich berechtigt gewesen sei. Der Beschwerdeführer sei daher auch zur Beitragsleistung verpflichtet.

**Zentralkommission für Bauarbeiter.**

Die Adresse des Zentralkomitees G. Heintze ist seit dem 1. April: Berlin SO. 16, Engelstraße 15.

**Stich-Druckerei.**

„Auf zur Agitation!“ Unter dieser Überschrift werden in Nr. 13 des Regulator vom 1. April 1910 die Mitglieder des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter in einer Weise angesprochen, die alle bisherigen Versuche des Blattes übertrifft. Aber die Sprache dafür folgt auf dem Fuße, denn auf derselben ersten Seite steht ein Berliner Mitglied (Edo Stange) dem „hochgeachteten“ der Redaktion einen gewaltigen — allerdings unbegründeten — Dampfer auf. Ja dem redaktionellen Artikel wird unter reichlichen Vorwürfen der Gewerbevereins als ein freier Mann innerhalb seiner Organisationsgrenzen bezeichnet, niemand könne ihn innerhalb seiner Organisationsgrenzen politische Meinungen vor. Das Berliner Mitglied aber sagt: „Denn wenn die Stimmung unter den Kollegen leidet (nicht nur in Berlin), so wird man wissen, daß die politische Betätigung unserer Verbandsorgane (Goldschmidt) angegriffen worden hat. Also ist die einfachste Lösung: Verziehen wir den Besessenen die politische Betätigung.“ Diese Sprache bezeichnet weite Strafe. Vor allem ist sie bei den Reichsorganisationsbauern sehr verbreitet. ... Und weiter sagt das Mitglied: „Die Frage kann dann nicht lauten: Sollen wir uns politisch betätigen, sondern: Wie sollen wir uns betätigen?“ Das Wie hat der Regulator bei den letzten Reichstagswahlen gezeigt: Die Mitglieder der Gewerbevereins dürfen danach nur für die Kandidaten der „liberalen“ Parteien stimmen. Das ist die politische Freiheit im Gewerbeverein! Daß der Regulator von einer Einheitsorganisation der Metallarbeiter nichts wissen will, ist begründlich, denn wo hätte denn

der gewaltige Arbeiter des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter? Also spricht er seinen Betreuer an und umarmt sie, jene Rechte einer Einheitsorganisation abzugeben, die selbst auf ihre eigene Meinung verzichten, das goldene Kalb in Form großer Zahlen anbieten. Ja, die großen Zahlen! Nach der „fortschreitenden“ Entwicklung des Gewerbevereins ist es begründlich, daß beim Regulator und seinen Intimen die Zahlen-Idiosynkrasie ausgebrochen ist, daß sie eine unüberwindliche Abneigung gegen die hohen Zahlen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes haben. Das Berliner Mitglied meint aber in fröhlicher Mißachtung dieser Zahlen: „Heute gilt mehr denn je der Grundsatz: Nur große Massen und somit große Macht erreicht etwas.“ Dieses Mitglied wagt sich noch in der Diskussion, der Gewerbeverein könne vielleicht dieses Ziel erreichen, dem Regulator fehlt dazu der Glaube, daher seine Zahlenfurcht.

**Vom Ausland.**

**Ungarn.**

Das vergangene Jahr war in mehrfacher Beziehung für den Verband der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns ein schmerzliches. Einmal wirkte die Krise in Ungarn geradezu wie in anderen Ländern lähmend auf das Wachstum der Gewerkschaften, und zum anderen hatten diese noch unter besonders schlimmen Verfolgungen durch die Behörden zu leiden. So wurde, wie wir ja auch im vorigen Jahre berichtet haben, der Verband der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns vier Monate lang suspendiert. Das einzige, was während der Suspension möglich war, war die Unterstützung der statutenmäßigen Arbeitslosenunterstützung an die arbeitslosen Verbandmitglieder in Budapest durch die Stabkassa. Dort wurden zu diesem Zwecke während der vier Monate nicht weniger als 42624 Kronen ausgezahlt, eine für die dortigen Verhältnisse sehr hohe Summe. Nach der Suspension erhielt die Stabkassa das Geld aus dem Verbandsvermögen ersetzt. Nach Aufhebung der Suspension war der Vorstand zunächst genötigt, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um in die gestörte und lahmgelegte Organisation wieder Leben zu bringen. Unter solchen Umständen hätte auch jede andere Organisation schwer gelitten. Dies muß um so mehr hervorgehoben werden, als ein Teil der deutschen Parteipresse in recht einseitiger Weise über den Rückgang im ungarischen Gewerkschaftswesen berichtete. Der Eisen- und Metallarbeiterverband hatte am Ende des Jahres 1907 mit 24594 Mitgliedern seinen höchsten Stand erreicht. 1908 ging die Zahl auf 19311 zurück, obgleich 13110 Mitglieder neu eintraten. Die Zahl war am Ende des Jahres 1909 trotz 6735 Aufnahmen auf 13616 gesunken. Soffen wir, daß unser ungarischer Bruderverband seine schlimmste Zeit überstanden habe. Die Gesamteinnahme betrug in der Zeit vom 22. April bis zum 31. Dezember 185468,07 Kronen, ist also im Vergleich zu früheren Jahren stark zurückgegangen. Davon waren: Kassenbestand 4407,08 Kr., Beiträge nach Abzug der 25 Prozent für örtliche Ausgaben 90814,45, zurückgezahlte Beiträge 3513,43, Anleihen 18695,81, verschiedene Einnahmen 4910,53, außerordentliche Einnahmen 13326,05, darunter vom internationalen Sekretariat 8380,06 Kr. Ausgegeben wurden für Arbeitslosenunterstützung 52958 Kr., Reiseunterstützung 8825,66, außerordentliche Unterfützung 1041,20, Krankenunterstützung 281,64, Rechtschutz 1616,09, Fortbildung 548,32 (1908: 30408,48 Kronen. Man hat sich also auf das allernotwendigste beschränkt, weil die Kasse nicht mehr erlaubte), Agitation 3799,55 (1908: 19496,26), Rückzahlung für Vorjahre und Anleihen 9251,79, Verwaltungskosten 22500,94 (davon Gehälter der Angestellten 11807,50; 1908 betragen die Verwaltungskosten 105352,49 Kronen, davon die Gehälter der Angestellten 22379,20. Man hat offenbar mit größter Sparmaßigkeit gewirtschaftet), Amortisation von Anleihen und Immobilien 2893,37, verschiedene Ausgaben 7081,63. Die Gesamtausgabe betrug 131800,19 Kronen, so daß ein Kassenbestand von 8667,88 Kronen verblieb. Nach der Vermögensbilanz beträgt das Gesamtvermögen des Verbandes 38674,73 Kr.

**Literarisches.**

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werte mende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werte angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 7 heben wir hervor: Schule hat Ruh. — Unsere Feste. Von L. Rabl. — Der Föhlemanen der Urzeit. (Mit Illustrationen.) Von G. H. Lewin. — Die jugendlichen Arbeiter in der Arbeiterversicherung (Die Organisation der Krankenversicherung). Von Fr. Kleis. — Was nun? An die jugendlichen Arbeiter. Von Käthe Dunder. — Vom Kriegsjahrplan. — Aus der Jugendbewegung. — Ein Bräutigam der Lehrlingskinder u. i. w. — Beilage: Auserziehung. Gedicht von Hammerdorff. — Der Dichtersage. — Heinrich Heine in seinen Wiedern. (Mit Illustrationen.) Von H. Wagner. — Menschenaffen. (Mit fünf Abbildungen nach photographischen Aufnahmen.) — Wenn... Von Supta Hochstetter. — Interessantes von der Sprache. — Simba-Simba. Von R. Franz.

Büchliche Geistes. Von diesem religionswissenschaftlichen Gesichtsgegenstand des Genossen Marxkreuzer ist nunmehr auch Heft 5 zur Ausgabe gelangt. Es behandelt die „Mosaik“-Gesehe. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und kostet 1 M., Vollständig 40 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expedition und Kolportage. Besondere Prospekt verleiht auf Wunsch gratis und franco der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der Eisen- und Metallarbeiter. Anleitung zum Berechnen der Drehschneidese für das Gewindezeichnen, der Support- und Reibschneidese mittels Anwendung der trigonometrischen Tangententabelle, Verwendung der Drehbank als Selbstvorrichtung, nebst den erforderlichen Tabellen. Bearbeitet von J. Herzog. Mit 10 Abbildungen und 3 Tabellen. Halle a. S. Verlag von Wilhelm Knapp, 1909. 90 Seiten. Preis 2,40 M. — Der Verfasser legt den Hauptwert auf die selbständige Berechnung der Wechseldrehbank durch den Dreher, weil er von der nicht unrichtigen Annahme ausgeht, daß ein einmündiger im Gewindeberechnen geübter Dreher die Drehschneidese jenseitig berechnen als in anspruchsvollen Tabellenwerken nachschlagen kann. Deswegen enthält das Buch nur Tabellen für die Gewindezahlen nach Whitworth. Aus dem Inhalt des Buches ist ferner noch hervorzuheben die Berechnung von Wechseldrehern, damit die Steigungsfehler verbessert werden sollen, ferner die Berechnung bei Drehbänken, wo ein Zahnrad mannswechselfähig befestigt ist, ferner die Benutzung der Drehbank als Selbstvorrichtung mittels Anwendung der Drehschneidese (nebst Tabellen). Der Verlag hat das Buch sehr gut ausgestattet. Dem Verfasser wäre aber zu empfehlen, daß er Gewindelehre jenseitig auf das Gewindelehre.

Jahrbuch des Deutschen Arbeitergeographenbundes und der Volkstypographen Österreichs und der Schweiz für das Jahr 1910. 2. Jahrgang. Im Auftrag des Bundesvorstandes bearbeitet von Gustav Richter. Lubin-Baden 1910, Stenographieverlag G. Richter, Lahr-Burgheim in Baden. 144 Seiten. Leporello und Autographie.

Lehrbuch der einfachen, doppelten und amerikanischen Buchführung nach einem teilweise neuen, sehr einfachen und wichtigen Vorteile bestehenden System von Ferdinand Schrey. (Verfasser eines in 500000 Exemplaren erschienenen Lehrbuches der Stenographie.) In Leporello mit zahlreichen Tabellen. Preis 1,50 M. Berlin 1910. Verlag von Ferdinand Schrey, Beuthstr. 2/3. — Der Verfasser, selbst Jahrelang eines großen Geschäftes, in dem er das Hauptbuch der doppelten Buchführung persönlich führt, ist von betreuten Firmen, die denen er seine Buchführung an Stelle anderer Systeme eingeführt hat, zu der Herausgabe dieser Anleitung gedrängt worden. Er hat diesen Erfahrungen entsprechend in der Überzeugung, damit der deutschen Kaufmannschaft einen Dienst zu leisten. Die Ausstattung des Buches ist trotz des niedrigen Preises von 1,50 M. durchaus gediegen und dauerhaft.

Centralblatt. Mitteilungen der deutschen Gartenbau-Gesellschaft. 4. Jahrgang. Heft 1 und 2. — Diese Zeitschrift erscheint monatlich und kann zum Preise von 8 M. jährlich bei jeder Postanstalt abonniert werden. Bei der Postanstalt ist der Zentralarbeitsnachweis für Grabenre und Ziseleure zu bestellen. Kommissionsverlag der G. Braun'schen Buchdruckerei, Karlsruhe.

Landhaus und Villa. Illustrierte Zeitschrift für Eigenhauskultur und deutsche Wohnkunst. Unter Mitwirkung führender Männer herausgegeben von Emil Klotz, Wiesbaden. Wiesbaden, Deutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. 6. Jahrgang, Heft 8. Jährlich 24 Hefte. Bezugspreis 12 M., Einzelheft 60 P. — Diese beiden Zeitschriften verdienen bei allen, die sich für Wohnungsreform und Baugenossenschaftswesen interessieren, empfohlen zu werden.

Empor. Lieber und Gebiete von Karl Frohme. Herausgegeben vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den achten und zehnten schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Luer & Co., Hamburg 86. 169 Seiten. Preis gebunden 1 M. — Von den verschiedenen Sammlungen von Arbeiterdichtungen hat die vorliegende Anspruch auf besondere Beachtung. Sie besteht teilweise aus einer Neuherausgabe früherer Gedichtsammlungen, die teils dem Ausnahmegesetz zum Opfer gefallen, teils vergriffen, auf jeden Fall aber den jüngeren Generationen in der Arbeiterbewegung ziemlich unbekannt geworden sind. Und doch ist Frohme als Mensch und Dichter eine der sympathischsten Persönlichkeiten unter den proletarischen Dichtern, wenn auch seine Dichtungsweise uns teilweise etwas altmodisch vorkommt. Dies zeigt sich besonders bei den vielen Zeitwörtern, die Frohme noch auf et endigen läßt. Die vielen Tendenzsätze werden ja ohne weiteres bei proletarischen Lesern Anklang finden; und doch sind sie der schwächere Teil der Sammlung. Das Schönste ist ohne Zweifel der Kranz von Sonetten. Es ist tatsächlich ein Genuß, diese zu lesen.

**An die Leser der Metallarbeiter-Zeitung!**

Allen Zuschriften an die Redaktion ist die genaue Adresse des Absenders beizufügen. Wer dies unterläßt, hat zu gewärtigen, daß seine Zuschrift unbeachtet bleibt.

**Verbands-Anzeigen**

- Mitglieder-Versammlungen.**  
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)  
Samstag, 9. April:  
Barmen-Elberf. (Former, Dieberei-arbeiten). Herbst, Barmen, 1/9.  
Barmen-Elberfeld - Schwinkel. Stegmeyer, Bohwinkel, halb 9 Uhr.  
Eisenburg. Lampertthalde, halb 9 Uhr.  
Kadolfzell. Schmeißerhaus, 8 Uhr.  
Reutlingen. Felle, halb 9 Uhr.  
Rudolfsbad. Sambrinus, 9 Uhr.  
Sonntag, 10. April:  
Ettlingen (Feilenhauer). Traut, v. 10.  
Pannov. Ad. Feigsm-Langestr. 2, 10.  
Wetzlar. Lehmann, Stadweg, 1/9.  
Mittwoch, 13. April:  
Sagen i. B. (Klemp.) Rappmann, 1/9.  
Bismar. Arbeiterheim, 8 Uhr.  
Donnerstag, 14. April:  
Barmen-Elberf. (Moblischreiner). Gewerkschaftshaus, Barmen, 1/9.  
Potsdam. Kaiser Wilhelmstr. 38, 1/9.  
Koblenz. Wagner, Sackstr., 8 Uhr.  
Freitag, 15. April:  
Eisenach. Fröhlicher Mann, halb 9.  
Samstag, 16. April:  
Biberach a. N. Jun Schäten, halb 9.  
Bitterfeld. Hohenollern, halb 9 Uhr.  
Bonn a. Rh. Volkshaus, 9 Uhr.  
Breiten. Engel, halb 9 Uhr.  
Dreusdal. Neue Sonne, halb 9 Uhr.  
Chemnitz (Wauhschloß). Volkshaus, 1/9.  
Chemnitz (Klempner u. Schmiedeleute). Kumbacher Bierhalle, halb 9 Uhr.  
Erfeld u. Ung. Neuen, 9 Uhr.  
Darmstadt. Gewerkschaftshaus, 9.  
Döbeln. Mühlenterrasse, halb 9 Uhr.  
Dortmund (Schneidmiede, Schmiebung u. verw. Berufe). Neue, Auf dem Berge, halb 9 Uhr.  
Dortmund (Klempner u. Schmiedeleute). Laufferstr. Auf dem Berge, halb 9 Uhr.  
Dortmund - Barop. Rudolph in Hombuch, Bahnhofstr., 1/9 Uhr.  
Dortmund - Schwerte. Reichstr. 1/9.  
Hildesheim. Eifses-Flamang, 8 Uhr.  
Ettlingen. Goldener Löwe, halb 9.  
Freiberg i. S. Union, halb 9 Uhr.  
Graudenz. Goldener Adler, 1/9 Uhr.  
Hagen-Elberf. Kraufmann, halb 9.  
Hag. Mittelstadt. Kramerhager, 1/9.  
Halle. Schwab. Bierkeller, 8 Uhr.  
Karlsruhe-Dk. Georg Friedrich, 1/9.  
Karlsruhe-Südwest. Feldschlößchen, halb 9 Uhr.  
München. Zum Schützen, 8 Uhr.  
München. Alter Schützenhof, halb 9.  
Dresden. Schumacher, halb 9 Uhr.  
Erfeld. Schuder, halb 9 Uhr.  
Walsungen. Rauber, halb 9 Uhr.  
Weinheim. Jähringer Hof, 8 Uhr.  
Weiskensfel. Volkshaus, halb 9 Uhr.

Sonntag, 23. April:  
Seefeld (Klempner). Wächner, 9 Uhr.  
Wittenberg. Freudenberg, halb 9.

**Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.**

- Berlin. Vertrauensleutekonferenzen. Eisen-, Metall-, Revolverdreh-, K und Schleifer. Donnerstag, 21. April, abends 7 Uhr, Rosenthalerhof, Rosenthalerstraße 11/12.  
Dresden. (Feilenhauer.) Arbeitsnachweis und Auszahlung des Feilenhauergehältes. Al. Polzgaße 3, 2, von 9 bis 10 Uhr und 12 bis 1 Uhr.  
Görlitz. Um Schauen streng verboten. Zuwiderhandlungen werden das Sozialgesetz entzogen. Arbeitsnachweis beim Bevollmächtigten. Pfeiffersberg (Schl.). Wir erlauben um die Angabe der Adresse des Formers Johann Bayerlein, geb. 23. März 1891 zu Simmelton in Bayern, damit ihm seine Papiere nachgesandt werden können.  
Koblenz. Die Adresse des Bevollmächtigten Herrn Schiemeng ist jetzt Schillerstraße 10, Hof. Sangerhausen. Reichgelt nur noch im Bureau, Dammstr. 6, part. Bochentags von 7-8 Uhr abends, Sonntags von 11-12 Uhr.  
Spremsberg. Bevollmächtigter ist Richard Seifert, Langestr. 34.  
Stettin. Den Bewerbern zur Mitteilung, daß Kollege Fr. Güttenheber, Neumannstr., als angestellter Betriebsfunktionär gemeldet worden ist. Allen anderen Bewerbern besten Dank.

**Gestorben.**

- Bauzen. Georg Kraße, Süßarbeiter, 56 Jahre, Herzschlag.  
Leipzig. Eduard Freilichauer, Form-er, 32 Jahre, Lungentuberkulose.  
Ludensweiler. Richard Grünberg, Schlosser, 23 J., Darmverschlingung.  
— Wilhelm Treubuth, Metallarbeiter, 27 Jahre, Brustleide.  
— Kurt Herrmann, Schraubendreher, 22 Jahre, Tuberkulose.

**Zentralarbeitsnachweis für Grabenre und Ziseleure**  
Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

**Privat-Anzeigen.**

- 1 jung. Feilenhauer wird sogl. gesucht. A. Röhl, Feilenh., Aussbach.  
Montage-Meister für Wechselgetriebe wird von größter Automobilfabrik im Auslande gesucht. Dauernde Stellung bei hohem Lohn. Offerte unter N. 3. 1426 an den Verlag dieses Blattes.  
Wertmeister für Dreiferei, Stanzerei u. Automatenberei der Reimeisen- und Metallwarenbranche, welcher mit dem Betrieb einer modernen Massenfabrikation vertraut, energisch und zuverlässig ist, in Balde gesucht. Bevorzugt werden solche Bewerber, die schon in der Automobilbranche und deren Zubehör gearbeitet, ev. auch mit der Metallbearbeitung auf Fräs- und Schleifmaschinen vertraut sind. Offerten erbeten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften unter N. 1440 an den Verlag d. Bl.  
Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rüststraße 16 F.